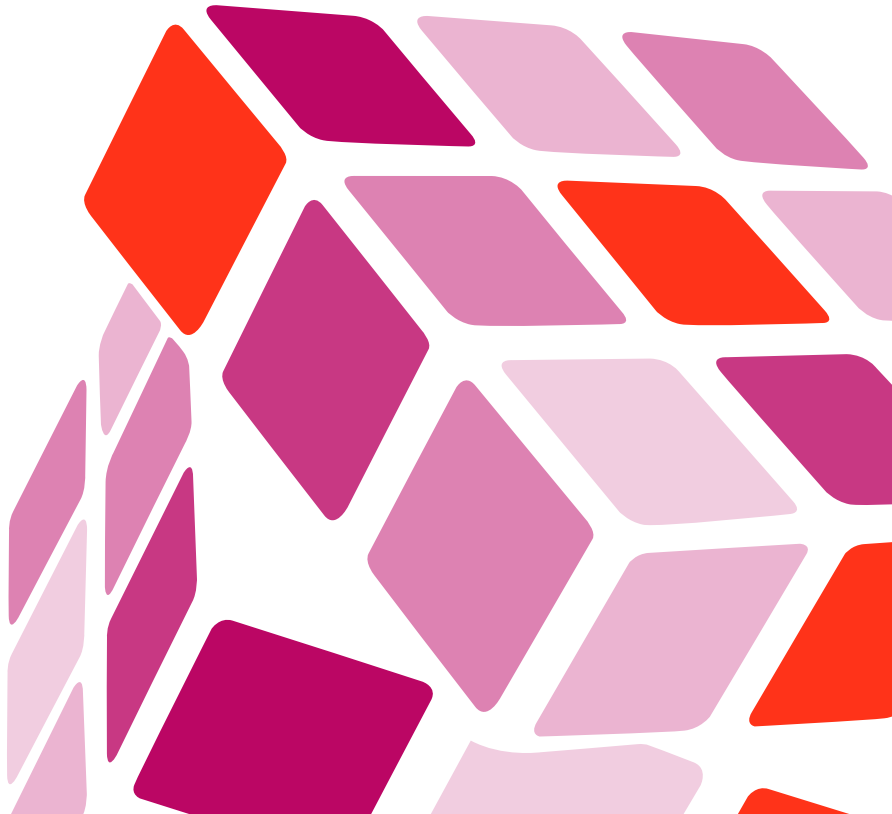


**GESELLSCHAFT**

# **ÖKONOMISIERUNG VON NATUR, RAUM, KÖRPER**

**FEMINISTISCHE PERSPEKTIVEN AUF SOZIAL-  
ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATIONEN**

**SYBILLE BAURIEDL/CHRISTA WICHTERICH**



# INHALT

Einleitung	2
1 Grüne Ökonomie: Wertschöpfung und Wertschätzung	7
1.1 Die neue Sichtbarkeit von Gender	8
1.2 Natur als bepreiste Handelsware	10
1.3 Wertschöpfungsketten, neoliberale Armutsbekämpfung und Gender	11
1.4 Sorge für die Umwelt und zertifizierte Anerkennung	13
1.5 Land Grabbing und Widerstand	17
2 Klimapolitik: Naturalisierung und Verräumlichung sozialer Ungleichheit	20
2.1 Naturalisierung globaler Ungleichheiten	21
2.2 Geschlechterkonstruktionen globaler Klimapolitik	22
3 Urbanisierung: Dynamiken einer neoliberalen Stadtpolitik	27
3.1 Städte als Ausgangspunkt sozialökologischer Transformation	28
3.2 Geschlechterverhältnisse und Nutzungsmuster der Stadt	29
3.3 Unternehmerische Stadt im internationalen Wettbewerb	31
4 Bioökonomik: Körper als umkämpfte Ressource	35
4.1 Zwischen Recht, sozialer Norm und technischer Machbarkeit	35
4.2 Der weibliche Körper als Austragungsort von Bevölkerungskontrolle	37
4.3 Biopolitik, reproduktionsindustrieller Komplex, Biokapitalismus	39
4.4 Körper im Widerstand	41
Schlussfolgerungen	43
Literatur	47

## EINLEITUNG

Die folgenden Ausführungen sind ein Beitrag aus herrschaftskritischer feministischer Sicht zu einer Debatte, die gegenwärtig in der Rosa-Luxemburg-Stiftung und anderen linken Kreisen meist unter dem Stichwort der «sozialökologischen Transformation» geführt wird.<sup>1</sup> Hintergrund ist eine Vielfachkrise des globalen Kapitalismus (Demirović u. a. 2011), wobei drei zentrale Krisenzusammenhänge zu erkennen sind, die sich gegenseitig bedingen und verstärken: die ökonomische Krise (Finanzmarktcrash, Einbruch der Realökonomien, Beschäftigungskrise, Verschuldung), die ökologische Krise (Verlust von Biodiversität, Erschöpfung von fossilen Energieressourcen, globale Erwärmung) und die Krise der sozialen Reproduktion (Care, öffentliche Daseinsvorsorge, soziale Sicherheit). Das Bewusstsein dieser Krisenzusammenhänge und die Dringlichkeit der hierdurch verursachten Probleme für Mensch und Natur haben die alte Frage nach den Möglichkeiten und Perspektiven einer sozialökologischen Transformation und ihrer Träger\_innen wieder ganz oben auf die politische Tagesordnung gesetzt. Es geht darum herauszufinden, wo genau am Bedingungsverhältnis zwischen den wachstumsbesessenen Formen des kapitalistischen Wirtschaftens und den hegemonialen gesellschaftlichen Naturverhältnissen anzusetzen ist und welche Weichen zu stellen wären.

Auch vonseiten der herrschenden Politik und aus bestimmten Unternehmerkreisen erschallt immer öfter der Ruf nach einem grundlegenden Wandel der vorherrschenden emissionsintensiven Wirtschaftsweise, damit die begrenzten Ressourcen wie auch Umweltproble-

me besser gemanagt werden können. In Deutschland etwa forderte der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) 2011 eine «Große Transformation» in Form eines «neuen Weltgesellschaftsvertrages», die den Umbau der kohlenstoffbasierten globalen Ökonomie voraussetzt. Die vom Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission (2011–2013) hatte zudem den Auftrag, die Zusammenhänge von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität zukunftsfähig auszubuchstabieren, konnte sich aber weder auf wachstumskritische Kriterien noch auf die Berücksichtigung feministischer Perspektiven verständigen (vgl. Brand u. a. 2013).

Die Mainstream-Debatte, die aktuell in großen Teilen auf Konzepte einer «Green Economy» fokussiert ist, bleibt im Großen und Ganzen den wachstumsdominierten Nachhaltigkeitskonzepten der 1990er Jahre verhaftet. Einige wesentliche Probleme des Kapitalismus finden Anerkennung, um dann durch die Einführung neuer oder flexibilisierter marktförderiger Mechanismen sowie technologischer oder sozialpolitischer Innovationen deren Lösung in Aussicht zu stellen. Grundlegende Ungleichheits-, Macht- und Ausbeutungsverhältnisse auf nationaler sowie internationaler Ebene bleiben dabei unberührt, ebenso wie der Umstand, dass diese im Zuge der Vielfachkrise und deren Bearbeitung gerade eine Zuspitzung erfahren – wobei der rasanten Ökonomisierung oder «Neoli-

<sup>1</sup> Vgl. zur Debatte am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, das sich einer sozialistischen Transformationsforschung verpflichtet hat, die Beiträge unter [www.rosalux.de/stiftung/ifg/wichtige-texte.html](http://www.rosalux.de/stiftung/ifg/wichtige-texte.html).

beralisierung» von Natur (Heynen/Robbins 2005) ein besonderer Stellenwert zukommt. Der momentan weltweit sich vollziehende Schub der Privatisierung, Inwertsetzung und Bilanzierung etwa von Wasser, Luft, Land, Wald, Saatgut und sogenannten Ökosystemleistungen ist ein Ergebnis der Überakkumulation von Finanzkapital, das verstärkt seit Beginn der Finanzkrise (2007/08) auf der Suche nach neuen Anlagemöglichkeiten ist und dabei immer neue Felder der Vermarktung und Verwertung entdeckt und schafft (vgl. z. B. Castree 2008). Die gegenwärtige Hyper- und Turbokapitalisierung manifestiert sich darüber hinaus etwa in einer zunehmenden Finanzialisierung von verschiedenen vormals marktfernen Gütern und Dienstleistungen bis hin zu individuellen Körpern, in der massiven Gentrifizierung und Vermarktung von Stadträumen, in krassen Formen des Land Grabbing sowie im schnellen Aufbau neuer Verwertungsnetzwerke und Märkte auf verschiedenen Ebenen.

Eine feministisch-emanzipatorisch ausgerichtete Transformationsperspektive, wie wir sie im Folgenden vorschlagen und explorativ an ausgewählten Diskursen und Themenfeldern – grüne Ökonomie, Klimapolitik, Urbanisierung und Biomacht bzw. Körperpolitik – aufzeigen wollen, steht daher vor mehreren Herausforderungen. Zunächst einmal muss sie die aktuellen Krisenbewältigungsstrategien genauer in den Blick nehmen und ihre Auswirkungen analysieren. Neben der zunehmenden Kommerzialisierung und Kommodifizierung von natürlichen Ressourcen und anderen zuvor tendenziell dem Markt entzogenen Gütern und Tätigkeiten verlagert eine Neuausrichtung der Umweltpolitik die Verantwortung für die Bewahrung von Umweltres-

ourcen und für Umweltgerechtigkeit gezielt auch auf die Ebene der Subjekte (insbesondere Frauen) (vgl. Swynedouw 2004). Verbunden damit sind wachsende soziale Ungleichheit und ein Machtgefälle beim Zugang zu Natur, was die Umwelt zu einem immer stärker umkämpften Gut macht (Heynen u. a. 2006). Wichtig ist es in diesem Zusammenhang für eine kritische Transformationsforschung, auch die Wissenschaften und westlichen Wissenssysteme als machtvolle Regime zu hinterfragen und anzugreifen, da diese (oftmals einseitige) Weltdeutungen anbieten und damit auch Eingriffs- und Transformationschancen definieren und vorgeben – inklusive der Reproduktion oder Veränderung dualistischer und hierarchischer Geschlechterverhältnisse und -rollen.

Aus feministischer Sicht kommt es ferner darauf an, zum einen noch genauer herauszuarbeiten, wie die Kategorien Frau und Geschlecht in Mainstream-Debatten zu Wachstum und ökologischem Umbau im Rahmen kapitalistischer Gesellschaften derzeit be- und verhandelt beziehungsweise instrumentalisiert werden. Zum anderen halten wir es für entscheidend zu begreifen, wie bestimmte Herrschaftstechnologien und -mechanismen (Naturalisierung, Essentialisierung und Verräumlichung, um nur einige zu nennen) soziale Konflikte entpolitisieren und wie damit Perspektiven des Widerstands und die Möglichkeiten einer sozialökologischen Transformation beeinflusst werden. Dabei knüpfen wir an ein Verständnis feministischer Herrschaftsanalyse an, das die Kritik an patriarchalen Geschlechterverhältnissen intersektional mit der Kritik an anderen gesellschaftlichen Machtstrukturen sozialer Ungleichheit sowie an Wirtschaftsregimen und

an imperialen Produktions- und Konsumstrukturen verbindet. Es sollen die Verschränkungen und Widersprüche von Herrschaftsdynamiken entschlüsselt werden, die sowohl in die Strukturen als auch in die Subjekte eingeschrieben sind.

Ausgehend von konkreten Praxisfeldern, von Produktions- und Lebensweisen sowie von lokalen Konflikten und Kämpfen fokussiert kritische feministische Theorie im Kontext von Ökonomie und Ökologie erstens auf intersektionale und interdependente Herrschaftsverhältnisse, wobei Gender analytisch als soziale Strukturkategorie wie auch normativ soziale Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit im Zentrum stehen. Zweitens liegt der Schwerpunkt auf den sich weiter zuspitzenden Widersprüchen kapitalistischer Vergesellschaftung, die im Spannungsverhältnis zwischen der kapitalistischen Logik von Wachstum und *return on investment* einerseits, der Sorgelogik sozialer Reproduktion und der Regeneration von Natur andererseits verortet sind. Drittens geht es um die Ambivalenzen des neoliberalen gesellschaftlichen Umbaus, die sich für und auch in den Handlungssubjekten zeigen, die in Märkte, Konsum und neue Formen der Inwertsetzung von Natur einbezogen sind. Mit dieser Perspektive hat feministische kritische Theorie den Anspruch, über die formale Gleichstellung in Geschlechterverhältnissen hinauszugehen und verschiedene Herrschaftsregime infrage zu stellen.

Unseren theoretischen und methodischen Referenzrahmen bilden Arbeiten aus dem Bereich der feministischen politischen Ökonomie (z. B. Elson 1993 u. 2011; Bakker 2002; Bauhardt/Caglar 2010) und der feministischen politischen

Ökologie (z. B. Rocheleau u. a. 1996; Nightingale 2006; Salleh 2009; Elmhirst 2011). Beide Ansätze verstehen ökonomische und ökologische Krisen als das Ergebnis von umkämpften Interessen, Machtkonstellationen und gesellschaftlicher Praxis. Sie betrachten Geschlecht und Geschlechterverhältnisse als zentrale Kategorien dieser – oftmals widersprüchlichen – Praxis, aber auch als Ausgangspunkt für Widerstand, für den Aufbau von Gegenmacht und alternativen gesellschaftlichen Praktiken sowie für eine zukunftsfähige Entwicklung.

Um die Schnittstellen von fortschreitender Ökonomisierung, gesellschaftlichen Naturverhältnissen und Geschlecht zu analysieren, betrachten wir in einer Art Versuchsanordnung im Folgenden vier aktuelle Diskurse und Themenfelder, an denen wir beispielhaft die aktuellen Strategien der Inwertsetzung von Natur, Raum und Körpern darstellen und diskutieren werden. Dabei führen wir keine umfassende Analyse durch, sondern konzentrieren uns auf einige materielle Prozesse und Diskurse, die uns für das Verständnis der gegenwärtigen Entwicklungen besonders relevant erscheinen. Uns interessiert insbesondere, wie die jeweiligen Ökonomisierungsprozesse bestehende Geschlechterverhältnisse bestärken beziehungsweise verschieben und damit rekonstruieren.

Aus der Perspektive feministischer politischer Ökologie und feministischer politischer Ökonomie sind neben dem Bereich Arbeit und Care, zu dem schon zahlreiche kritische Untersuchungen vorliegen (vgl. z. B. zur Abspaltung von Sorgearbeit, Haushaltsökonomie und Produktivität von Natur vom Markt Biesecker u. a. 2012) und der daher in diesem Text nicht näher ausgeführt wird, ak-

tuell die Themenfelder grüne Ökonomie, Klimaschutz, Urbanisierung und Körperpolitik von besonderer Bedeutung, weil sich hier verschiedene materielle und diskursive Herrschaftsdynamiken überlagern und rasante Veränderungen in struktureller und subjektiver Hinsicht beobachten lassen. In einem ersten Schritt (Kapitel 1) beschäftigten wir uns unter dem Stichwort der grünen Ökonomie mit Versuchen diverser staatlicher und supranationaler Akteure, eine hegemoniale Transformationsstrategie und ein konsensfähiges Global-Governance-Regime zu entwerfen und zu installieren. Aus herrschaftskritischer feministischer Perspektive steht hier die Frage im Vordergrund, wie Frauen in (neue) Märkte und wie Sorgeökonomien in globale Wertschöpfungsketten integriert werden. Zudem verdeutlichen wir, wie Naturschutz immer mehr für das Ziel, grünes Wachstum zu generieren, herhalten muss.

In Kapitel 2 widmen wir uns der internationalen Klimapolitik als Teil der «Green Economy» und zeigen, wie diese – weit davon entfernt, einen effektiven Beitrag zur Bewältigung der sozialökologischen Krise zu leisten – einer Naturalisierung und Verräumlichung sozialer Ungleichheiten sowie im Rahmen spezifischer Zuschreibungen (besondere Vulnerabilität und ökologisches Bewusstsein von Frauen etc.) auch einer Verschärfung bestehender Geschlechterhierarchien Vorschub leistet. Kapitel 3 befasst sich mit Urbanisierungsprozessen, einem Thema, das in linken und feministischen Debatten über die Notwendigkeit einer sozialökologischen Transformation in der Regel recht wenig Aufmerksamkeit erfährt. Hierbei geht es um Zusammenhänge zwischen aktuellen Aufwertungs- und Vermarktungsstrategien, einer zuneh-

menden Fragmentierung von Räumen sowie geschlechtlichspezifischen Arbeitsteilungen und Nutzungsmustern in Städten. In Kapitel 4 thematisieren wir dann unter der Überschrift «Körper als umkämpfte Ressource» zum einen die Kontinuität von bestimmten herrschaftsförmigen Bevölkerungs- und Biopolitiken und zum anderen den aktuellen Trend hin zu einer massiven Ökonomisierung durch die Schaffung neuer Körper-, Schönheits- und Fortpflanzungsmärkte.

Unsere zeitdiagnostische Analyse des aktuellen Inwertsetzungsschubs zeichnet sich nicht nur durch einen ungewöhnlichen thematischen Zugang (Verknüpfung von vier kaum zusammengedachten relevanten Diskurs- und Praxisfeldern) aus, sondern versucht außerdem, aus einer interdisziplinären Perspektive – mit politökonomischen, sozialgeografischen und entwicklungssoziologischen Ansätzen – aktuellen Veränderungen und Widersprüchen von Herrschaftsprozessen nachzuspüren. Wir untersuchen explorativ und ohne Anspruch auf Vollständigkeit,

- inwieweit Geschlecht, Geschlechterverhältnisse und die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung in der gegenwärtigen materiellen und diskursiven Konstruktion von Wirtschaftsverhältnissen und Umweltproblemen relevant werden;
- wie Geschlechtlichkeit konstruiert, naturalisiert oder denaturalisiert und verändert wird und wie damit Geschlechterverhältnisse bekräftigt werden oder erodieren;
- ob und wie der Widerspruch zwischen Wachstums- und Sorgelogik auftritt und sich eventuell verschärft;
- und schließlich fragen wir danach, welche Optionen sich aus den neuen

Verhältnissen für die Subjekte ergeben – im Spektrum zwischen individuellem Arrangement und Nutzung der neuen marktwirtschaftlichen «Partizipationsangebote» und der Formierung von Widerstand beziehungsweise Entwicklung emanzipatorischer Perspektiven.

Die gewählten Beispiele grüne Ökonomie, Klimaschutz, Urbanisierung und Körperpolitik entsprechen den Forschungsinteressen und -schwerpunkten der Autorinnen,<sup>2</sup> sind aber nicht willkürlich gewählt. Sie decken ein großes thematisches Spektrum ab und geben einen guten Eindruck davon, mit welchen Ökonomisierungsdynamiken und Herrschaftsstrategien wir es auf verschiedenen Ebenen (lokal, translokal und global) derzeit zu tun haben. Die

analytische und argumentative Verbindung liegt zudem in der diskursiven und strukturierenden Bedeutung von Reproduktion und Sorgeökonomie. Eine intensivere Beschäftigung mit aktuellen Entwicklungen in diesen Feldern könnte sich auch als besonders aufschlussreich erweisen für eine Suche nach den spezifischen, aber doch auch verallgemeinerbaren Bedingungen für das Gelingen einer auf Emanzipation gerichteten sozialökologischen Transformation. Wir erwarten von solch einer Herangehensweise auch präzisere Anknüpfungspunkte für die Diskussion, wie ein Bruch mit der Logik von Akkumulation, privater Aneignung und der Ausbeutungsmaximierung von Ressourcen aussehen könnte und wie vorhandene Widerstandspotenziale zu stärken sind.

<sup>2</sup> Einleitung und Schlussbemerkungen wurden von den Autorinnen gemeinsam erarbeitet, die Abschnitte zu grüner Ökonomie und Körper wurden von Christa Wichterich, die Abschnitte zu Klimawandel und Urbanisierung von Sybille Bauriedl verfasst.

## 1 GRÜNE ÖKONOMIE: WERTSCHÖPFUNG UND WERTSCHÄTZUNG

Die grüne Ökonomie wird im Folgenden als neues hegemoniales Paradigma für ein Krisenmanagement aufgegriffen. Wir untersuchen, wie gegenwärtige Prozesse der Ökonomisierung und Finanzialisierung von Natur und ihrer Regeneration geschlechtliche Machtverhältnisse neu konfigurieren. Auf dem Höhepunkt der Vielfachkrise haben einflussreiche supranationale Organisationen verschiedene Varianten eines «Green New Deal» oder einer «Green Economy» als ökologische Transformationsentwürfe und Rettungsprogramme vorgestellt, um Wege sowohl aus der Finanzkrise als auch aus der Energie- und Klimakrise aufzuzeigen. So beansprucht der vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) propagierte «Global Green New Deal», menschliches Wohlergehen zu steigern, soziale Gleichheit sicherzustellen und Umweltrisiken und ökologische Knappheiten zu verringern. Was den entsprechenden Bericht des UNEP (2011), das Konzept der OECD (2011) zu «Green Growth» und den europäischen Fahrplan für eine «competitive low-carbon economy» (European Commission 2011) verbindet, ist, dass ein Übergang von der braunen zur grünen Ökonomie durch grüne Investitionen, grüne Jobs und grüne Technologien als ein «alternatives Paradigma» und ein «fundamentales Neudenken» des business as usual normativ-strategisch anvisiert wird (vgl. Brand/Thimmel 2013). Dafür bedienen sich diese Konzepte einer Reihe von Begriffen und Ansätzen (wie z. B. alternativ, holistisch, Wandel, Empowerment, Umsteuern, Transition und Transformation), die ursprünglich in emanzipatorischer

Absicht in herrschaftskritischen zivilgesellschaftlichen Diskursen oder sozialen Kämpfen entstanden sind, deren widerständig-politische Dimension jedoch geschliffen worden ist.

Das Green-Economy-Paradigma beruht auf dem doppelten Mechanismus der Ökologisierung der Ökonomie und der Ökonomisierung von Natur, Ökosystemen, «Umweltdienstleistungen» und ressourcenschützendem Handeln. Dabei bleibt Wachstum als Imperativ von Wirtschaft und nachhaltiger Entwicklung nicht nur unhinterfragt. Vielmehr ist die nachhaltige Absicherung von Wachstum und Rentabilität ein prioritäres Anliegen und soll durch die grüne Rekonfiguration kapitalistischer Verwertung ermöglicht werden (Goodman/Salleh 2013). Im Vordergrund stehen die Steigerung der Ressourceneffizienz sowie der Aufbau neuer Märkte und lukrativer Geschäftsfelder wie erneuerbare Energien, energiesparende Bauweise und Gebäudesanierung oder Geo-Engineering mit der entsprechenden Wissens- und Technologieproduktion. Die OECD hält diese «Begründung» nicht nur für politisch klug, sondern für unabdingbar für das Ziel der Wachstumsmaximierung. Die Weltbank sieht die Privatisierung von knapper werdenden Ressourcen und von Gemeingütern als eine Voraussetzung für «Green Growth» (World Bank 2011a). Politisch wird die fortschreitende Ökonomisierung der Natur durch Freihandels- und Investitionsabkommen sowie durch gezielte Ressourcen- und Emissionspolitiken wie die Richtlinie zum Emissionshandel (2005), die EU-Richtlinie zu Erneuerbaren Energien (2009) sowie die EU-Initia-



tive zur Rohstoffsicherung (2011) ermöglicht und legalisiert.

### 1.1 Die neue Sichtbarkeit von Gender

In den vergangenen Jahren spielte die Einbeziehung der Kategorien Gender und Frauen in makro- und entwicklungspolitische Programmen genau an der Schnittstelle von Wachstum und Nachhaltigkeit eine wichtige Rolle. Angesichts der Vielfachkrise begründen die Weltbank, das Weltwirtschaftsforum in Davos und die Europäische Union die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Geschlechtergleichstellung damit, dass die Marktintegration von Frauen Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum von nationalen Ökonomien steigern würde. Die Inklusion und Öffnung von Marktsegmenten für bisher Exkludierte und Marginalisierte (Arme, Indigene, Subsistenzwirtschaft Betreibende etc.) ist neben Kommodifizierung und Privatisierung ein weiteres Kennzeichen des Neoliberalismus. Dieser inklusive Liberalismus (Porter/Craig 2004) ist gemeint, wenn vom «smart, sustainable and inclusive growth» (European Commission 2010) oder vom «inclusive green growth» (World Bank 2011a) die Rede ist.

Bei den genannten internationalen Organisationen herrscht ein Verständnis von Geschlechterverhältnissen vor, das weitgehend auf essentialistischen, zweigeschlechtlich kodierten Zuschreibungen, mit der heterosexuellen Kleinfamilie als universeller Norm, basiert. Dabei wird Gender häufig als Synonym für Frauen benutzt. Bei diesen geschlechtsbinären Modellen setzt sich ein liberaler Tunnelblick auf formale Gleichstellung und Inklusion innerhalb der bestehenden Strukturen durch, der die system-

transformatorischen Potenziale von Geschlechterpolitik schleift und assimiliert. Bereits seit den 1970er Jahren fordert die Weltbank, dass Frauen als Humankapital und Ressource nicht «un-» oder «untergenutzt» bleiben dürften, sondern mobilisiert werden müssen, um die wirtschaftliche Produktivität zu steigern und Armut zu reduzieren. Mit der flotten Definition von Geschlechtergleichheit als «smart economics» und dem Lob der Marktinklusivität von Frauen als bester Methode zur Effizienz- und Wachstumsoptimierung gewann die Weltbank in der aktuellen Krise eine gewisse Diskurshegemonie in entwicklungs- und genderpolitischen Auseinandersetzungen, während menschenrechtliche und feministische Inhalte und Forderungen eher an den Rand gedrängt wurden (World Bank 2007; 2011b). Diese neue Akzentuierung von Gender in der Entwicklungspolitik betrieb die Weltbank außerdem antizyklisch, nämlich gegen den Trend einer «Gender fatigue», der verbreiteten Ermüdung nach der Hochkonjunktur von Geschlechterpolitiken.

Für die Weltbank waren ökonomische Kosten- oder Nutzenaspekte schon immer der zentrale Maßstab zur Bewertung von Geschlechterverhältnissen. In dieser Logik rechnen sich «Gender Gaps» nicht, da sie als Wachstumshindernisse wirken. Deshalb müssen sie auch beseitigt werden. In dieser Perspektive sind Frauen die Defizitären, die Diskriminierten, die besonders von Armut Bedrohten, die Opfer. In diesem Kontext ist die Armutsanfälligkeit vor allem geschlechtsspezifisch und so gut wie gar nicht klassenspezifisch konnotiert. Diente die Analyse von «Gender Gaps» in der Vergangenheit, wie von den Frauenbewegungen gefordert, in erster Linie dazu, die Exklu-

sion von Frauen sichtbar zu machen und zu skandalisieren, ergibt sich heute eine eher ambivalente, ja paradoxe Situation. Mit der Beseitigung der Geschlechterungleichheiten beim Marktzugang eröffnen sich Frauen einerseits neue Handlungsspielräume, mit denen sie – unter den gegebenen Herrschaftsbedingungen – neue oder erweiterte Strategien der Aneignung, Existenzsicherung und Reproduktion verfolgen können. Dies bedeutet einen Zugewinn an individueller Freiheit und eine Aufwertung gegenüber Männern durch die Angleichung von Rechten und Chancen. Andererseits stellt dieser Prozess aber auch eine Anpassung an die männliche Norm des Homo oeconomicus dar. Diese Ambivalenz markiert das Dilemma einer bizarren Übereinstimmung von feministischen und neoliberalen Zielen (Fraser 2009). Ökonomische Wertschöpfung und Wertschätzung beziehungsweise individuelles ökonomisches Empowerment sind die beiden zentralen Dimensionen eines marktförmigen und neoliberalen Konzepts von Geschlechtergleichheit, das auf den Markt und die Einzelnen orientiert ist.

Im Kontext der Geschlechterungleichheiten nimmt die Weltbank in ihrem «World Development Report» inzwischen auch die unbezahlte Sorgearbeit von Frauen explizit in den Blick. Diese gilt ihr vor allem als «fehlallokierte» Zeit- und Arbeitsbelastung und wird als Hindernis für eine umfassende Erwerbstätigkeit betrachtet. Aus der Perspektive feministischer politischer Ökologie ist dies ein Prozess des «Othering», ein Machtmechanismus, der Frauen, Indigene, Arme, die Natur, das Private, die soziale Reproduktion, die Gemeingüter und alles, was tendenziell außerhalb der Marktbeziehungen angesiedelt ist, als Normabweichung und

Minderwertiges («das Andere») definiert (Plumwood 1996). Aus der Sicht feministischer Ökonomie ist diese Abwertung eine geschlechtskonnotierte Hierarchisierung durch Externalisierung.

Die im Jahr 2010 neu gegründete UN-Organisation WOMEN übernahm das Weltbank-Konzept marktinstrumenteller Geschlechtergleichheit umgehend als oberstes Ziel. Selbst ausgewiesene Frauenrechtlerinnen in der Entwicklungszusammenarbeit wie zum Beispiel Maitrayee Mukhopadhyay vom Royal Tropical Institute in Amsterdam begreifen Geschlechtergleichheit nun als ein doppeltes Gut: nämlich als ein Menschenrecht und ein eigenständiges entwicklungspolitisches Gut, das gleichzeitig und gleichwertig «gut für Business» ist, ein Mittel für den ökonomischen Zweck (Royal Tropical Institute u. a. 2012: xiv). Da im Zuge der Durchsetzung neoliberaler Politik und erst recht des Austeritätsdiktats in der Krise Gerechtigkeit als Wert zunehmend diskreditiert worden ist, sind Mittel für Genderpolitik in der Entwicklungszusammenarbeit vor allem dann zu mobilisieren, wenn frauenbezogene und geschlechtersensible Programme funktional für die neue entwicklungspolitische Gesamtperspektive der Privatwirtschaftsförderung und für Wachstum sind.

Auch im Bereich der globalen Umweltpolitik, in dem verschiedene UN-Konventionen Regeln, Pflichten und Rechte staatlicher und nichtstaatlicher Akteure festlegen, hat das Thema Geschlechtergleichheit genau zu dem Zeitpunkt Beachtung gefunden, als multilaterale Verhandlungen weitgehend ins Stocken gerieten. So wurde 2008 bei den Verhandlungen zur Biodiversitätskonvention ein sogenannter Gender-Aktionsplan verabschiedet, der Frauen ei-

nen Zugangs- und Vorteilsausgleich bei der Biodiversitätsnutzung zusichert, ohne jedoch Patentierung und privatwirtschaftliche Vermarktung von genetischen Ressourcen zu hinterfragen. Bei den Klimaverhandlungen in Doha 2012, bei denen sonst keinerlei Konsens zu erzielen war, wurde in einer Erklärung ein größerer Anteil von Frauen in den Delegationen und Gremien gefordert. Einige NGOs und Frauenverbände feierten dies als Erfolg jahrelanger Lobbyarbeit und als Fortschritt, da Genderaspekte nun in der Klimapolitik mehr Beachtung fänden. Doch bedeutet eine verbesserte Repräsentation des weiblichen Geschlechts bei Klimaverhandlungen noch nicht automatisch eine geschlechtersensible Klimapolitik, genauso wenig wie die Vorteilsbeteiligung von Frauen an der Patentierung von genetischen Ressourcen eine geschlechtergerechte Biodiversitätspolitik bewirkt, die Frauen als Eignerinnen von Saatgut und lokalen Sorten vor Biopiraterie schützen müsste. Vielmehr werden Frauen in neue kapitalistische Wertschöpfungs- und Wachstumsstrategien eingebunden, worüber sie mehr Anerkennung gewinnen und anscheinend auch veränderte Normen und Vorstellungen von Gleichheit und Gerechtigkeit bedient werden.

## 1.2 Natur als bepreiste Handelsware

Um Wertschätzung durch Marktintegration geht es auch bei der Grundannahme der «Green Economy». Diese geht davon aus, dass es die beste Methode des Umwelt- und Naturschutzes ist, Teile der Natur wie auch Umweltdienstleistungen in Wert zu setzen und sie mit einem monetären Preis zu versehen. Als bepreiste Ware werden sie handelbar und erfahrungsgemäß in Geld ausgedrückte

Aufwertung und Sichtbarkeit. Dies greift das Argument der ökologischen Ökonomie auf, dass ökologische Kosten, die bislang externalisiert waren und unsichtbar gemacht wurden, in den Markt und die Preise internalisiert werden müssen. TRIPS (Trade Related Intellectual Property Rights) und die Patentierung von genetischen Ressourcen haben die Biodiversität in einen milliardenschweren Markt verwandelt. Nicolas Sterns Konzept der «Economics of Climate Change» (2006) führte zum Handel mit Emissionsrechten und Clean-Development-Zertifikaten. Es war jedoch vor allem die Studie «The Economics of Ecosystems and Biodiversity» (Kumar 2010), die vorgeführt hat, wie der ökonomische Wert von Ökosystemleistungen und der Natur auf nationaler und globaler Ebene berechnet werden kann, und damit handfeste Maßstäbe entwickelt hat, mit deren Hilfe nun auch die Natur zum Gegenstand von Finanzspekulationen geworden ist.

Berechnung, Bepreisung und kapitalistische Verwertung sind unmittelbar miteinander verknüpft. Über die realwirtschaftlichen Land-, Wasser-, Gen- und Kohlenstoffmärkte wölben sich an den Börsen zunehmend Finanzialisierungsblasen. Am Rande der Rio+20-Konferenz zu nachhaltiger Entwicklung 2012 verabschiedeten drei Dutzend Banken, Versicherungen und Investmentfonds eine «Natural Capital Declaration» als ihren Beitrag zur «Green Economy». Sie geben vor, Naturkapital erhalten zu wollen, indem sie es in rentable Finanzmarktprodukte verwandeln. Wo jedoch die Natur, der Klimaschutz oder Aufforstung durch Marktmechanismen weiter kommerzialisiert und finanzialisiert werden, werden sie zum Mittel kapitalistischer Verwertung und Akkumulation gemacht und

als Wert von den unmittelbaren sozialen und ökologischen Beziehungen und Zusammenhängen abgespalten (McAfee 2012). Mehr noch: Die Spekulation zum Beispiel auf Ernteerträge in Abhängigkeit von klimatischen Einflüssen, die Wertschöpfungskette von Future-Produkten, Hedgefonds oder Derivaten sowie die Preissteigerung von Nahrungsmitteln und Renditen erzeugen Hunger in einer Welt des Überflusses und zerstören soziale und ökologische Sicherheiten. Damit spitzt sich der Widerspruch zwischen der Renditelogik kapitalistischer Märkte und der Logik sozialer und natürlicher Reproduktion zu. Diesen Grundwiderspruch kapitalistischer Vergesellschaftung zwischen Versorgung und Profitmacherei vermitteln und überbrücken die Handlungssubjekte in ihren Reproduktionsweisen und Alltagspraktiken zwischen Erwerbs- und Sorgearbeiten immer wieder aufs Neue.

Trotz der Rhetorik von Inklusion und Gleichheit marginalisiert die im Zentrum der Green-Economy-Konzepte stehende Logik von Wachstum und Verwertung Fragen von Gerechtigkeit und Umverteilung. Ihnen fehlt es an einem konsistenten Menschenrechtsansatz ebenso wie an einer Machtanalyse und einem kohärenten Konzept von sozialer Nachhaltigkeit, die auf die Reproduktionsnotwendigkeiten und Bedürfnisse von Menschen und Natur ausgerichtet sind. UNRISD, das sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut der Vereinten Nationen, warnt deshalb vor den sozial unfairen Auswirkungen der grünen Ökonomie. Es bestünde ein hohes Risiko, dass sie eine «dritte Ungerechtigkeit» erzeugt gegenüber armen und wirtschaftlich schwachen Akteur\_innen als den Hauptbetroffenen (wenngleich nicht

den Hauptverursachern) von Umweltschäden und Klimawandel, da sie marginalisiert, enteignet, vertrieben und – vor allem Frauen – auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert würden (UNRISD 2012).

Aus einer feministischen herrschaftskritischen Perspektive stellt sich zunächst die Frage, ob und wie sich die in der Gestalt der «Green Economy» überlagernden Dynamiken des neoliberalen Kapitalismus und der zunehmend ökonomisierten gesellschaftlichen Naturverhältnisse normierend auf Geschlechterkonfigurationen, die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung und auf Lebensweisen (einschließlich ökologischer Fußabdrücke) auswirken. Außerdem ist zu prüfen, welche Folgen sie auf die Mechanismen der sozialen und ökologischen Reproduktion und die Sorgelogik gegenüber der Marktlogik haben. Als Argumentationsfolien werden für die feministische Perspektive das Theorem der bizarren Übereinstimmung von neoliberalen und feministischen Zielen von Nancy Fraser (2009) herangezogen, zudem das Theorem der «Landnahme» als Ökonomisierung von bisher Außermarktlichem von Klaus Dörre (2009) (ohne dass in diesem Rahmen eine Auseinandersetzung damit geführt wird) und das Theorem der imperialen Lebensweise des globalen Nordens auf Kosten des globalen Südens von Ulrich Brand und Markus Wissen (2011).

### 1.3 Wertschöpfungsketten, neoliberale Armutsbekämpfung und Gender

Immer wichtiger werden transnationale Wertschöpfungsketten und -netzwerke, die lokale Ressourcen und Produktion mit dem Weltmarkt verbinden. Die Förderung von Wertschöpfungsketten gilt in der Entwicklungspolitik als zentrale Strategie der Armutsminderung durch die

Marktinklusion von Armen, Indigenen sowie informell und prekär Arbeitenden und richtet sich in erster Linie an Frauen (Royal Tropical Institute u. a. 2012). Dies ist Teil der Neoliberalisierung der Entwicklungszusammenarbeit, die explizit auf eine Einbindung der Armen in die Privatwirtschaft und ihre Ermächtigung als Marktakteure setzt. Da die bisher Ausgeschlossenen und ihre Handlungslogiken nach dem Prinzip der Externalisierung und des «Othering» gering geschätzt werden, legitimiert dies auch ihre Geringbewertung, wenn sie dann in den Markt einbezogen sind. Internalisierung beendet Hierarchien und Herrschaft nicht, sondern schafft neue Formen von Ungleichheit und Macht. Zwar sollen lokale Akteure als Kleinstunternehmer\_innen oder lokale Gemeinschaften Verantwortung für die Inklusionsprojekte übernehmen und eigenständig auf dem Markt agieren, Kontrolle über die Produktions- und Handelsketten bekommen sie durch diese Einbindung jedoch nicht. Deshalb ist diese Inklusion paradox: Einerseits bedeutet sie Ermächtigung, erweiterte Überlebens- und Reproduktionsmöglichkeiten, andererseits Abhängigkeit und Ausbeutung von Billiglohnarbeit. Dadurch überlagert und verdrängt der kapitalistische Markt auch «andere» Produktions- und Austauschformen, die seiner Verwertungslogik bislang nicht vollständig unterworfen waren, sondern eigenen sozialen, ökologischen und moralischen Prinzipien gehorchten.

An der Schnittstelle von grüner Ökonomie, Wachstum und Gender setzt auch die Frage des deutschen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) an: «Women's Participation in Green Growth – A Potential Fully Realised?» (DCED 2012). Im Rahmen markt-

instrumenteller Geschlechtergleichheit und developmentspolitischer Wachstums- und Wirtschaftsförderung geht es um die Beseitigung von Hindernissen und Risiken für die Beteiligung von Frauen und um Wege ihrer Integration in verschiedene grüne Wertschöpfungsketten. Andererseits sollen Frauen ihre Potenziale als Individuen oder als Gruppe für grünes Wachstum stärker wahrnehmen. Die angestrebte Gleichstellung knüpft an die geschlechterdifferenzierenden Analysen des developmentpolitischen Konzepts von «Women, Environment and Development» (WED) an (vgl. Dankelman/Davidson 1990; Rodda 1991), das in den 1990er Jahren für ein gewisses Mainstreaming der Gender- und Umweltperspektive in der developmentpolitik sorgte. Angesichts einer weiterhin ausgeprägten geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung werden als die Hauptprobleme von Frauen die geringe Produktivität ihrer Tätigkeit und die (unbezahlte) Sorgearbeit, die zu Zeitarmut führe, ausgemacht. Zugleich werden sie als aktiv und eigenverantwortlich Handelnde angesprochen und mobilisiert. Die vom BMZ finanzierte Studie zeigt vielfältige Möglichkeiten der Partizipation am grünen Wachstumsmodell für Frauen auf: als flexible Arbeiterinnen oder Mikrounternehmerinnen in grünen Wertschöpfungsketten (z. B. im Handel mit «organischen» Textilien), als Kreditnehmerinnen für grüne Existenzgründungen (etwa im Bereich innovativer Technologien) oder als Dienstleisterinnen im Ökotourismus. Fragen sozialer und Geschlechtergerechtigkeit sind ökonomistisch auf grüne Jobs und das dort zu erzielende Einkommen reduziert.

Die Privatwirtschaft erfindet immer «neue inklusive Geschäftsmodelle» wie

Outgrowing, Contract Farming und Franchising, um schwache und marginale Marktakteure als Land- und Waldnutzer\_innen oder Dienstleister\_innen in die Wertschöpfungsketten einzubeziehen (GIZ 2012). Vermittelt über die Nutzer\_innen und Eigentümer\_innen vor Ort werden so lokale Ressourcen wie fruchtbare Böden und Wasser der kapitalistischen Verwertung zugänglich gemacht. Dabei werden die Akteure oft gleichzeitig in Waren- und Finanzmärkte eingebunden. Die Kleinbäuerinnen, die zum Beispiel für den Metro-Konzern in Vietnam oder Indien anbauen, müssen vom Unternehmen vorgegebene kommerzielle Inputs kaufen, wofür sie Mikrokredite bekommen können. Sie tragen selbst das Risiko von Ernteausfällen durch Wetterextreme oder Schädlingsbefall, können sich allerdings durch Mikroversicherungen dagegen schützen. Aus vormals tendenziell autarken Produzent\_innen werden so vielfach abhängige Abnehmer\_innen der Konzerne, aus Selbstversorger\_innen werden Lieferant\_innen für die Unternehmen und die städtische Mittelschicht.

Tatsächlich sind die versprochenen Gewinn-Situationen für Frauen durch ihre Integration in die grünen Wertschöpfungsketten bislang eher ausgeblieben. In der ohnehin technologieintensiven und arbeitsexensiven Plantagenwirtschaft werden Frauen meist nur saisonal und extrem gering entlohnt beschäftigt. In der Regel bleiben sie auf die informellen Dienstleistungssektoren verwiesen. Kleinhandel, Essensstände oder Prostitution wuchern am Rand der grünen Investitionsprojekte im globalen Süden – alles marginale und prekäre Geschäftstätigkeiten, die meist wenig Einkommen und wenig Anerkennung bringen. Dage-

gen sind die «grünen Sektoren» mit den höchsten Beschäftigungspotenzialen – die Solar- und Windenergie, der Bereich der Wärmedämmung von Gebäuden sowie die herrschaftsförmigen Großtechnologien wie Desertec, Geothermie und Geo-Engineering – alle männerdominiert. Diese männlich besetzten Sektoren unterliegen derzeit einer heftigen internationalen Konkurrenz und einem großen Druck auf die Arbeitsbedingungen und Löhne (Tandon 2010; Smith 2011).

Aus der Perspektive des globalen Nordens und der globalen Mittelschichten stellen die transnationalen Wertschöpfungsketten eine Sicherheit in Bezug auf die Versorgung mit Rohstoffen und grünen Konsumgütern her. Hier werden Frauen vor dem Hintergrund geschlechtsspezifischer Konsummuster außerdem als zunehmend kaufkräftige, aber auch ethisch und ökologisch bewusstere Verbraucher als Männer adressiert. Das bedeutet, dass Frauen im globalen Süden als billige Arbeitskräfte und Frauen im globalen Norden als grüne Konsumentinnen instrumentell für grünes Wachstum betrachtet werden.

#### **1.4 Sorge für die Umwelt und zertifizierte Anerkennung**

Neben der Inklusion in Wertschöpfungsketten gibt es noch ein weiteres Angebot der Teilhabe: Denjenigen, die sich um die Nutzung und den Erhalt von Böden, Wäldern und Biodiversität kümmern, wird eine Beteiligung an den Gewinnen aus der privatwirtschaftlichen Vermarktung dieser Naturressourcen – sei es durch Patentierung im Rahmen des Zugangs- und Vorteilsausgleichs durch die Biodiversitätskonvention oder aus dem Handel mit Zertifikaten für die Kohlenstoffsenkung – versprochen (siehe hier-

zu auch den Abschnitt zur Klimapolitik). Wertschöpfung durch die Ökonomisierung der Natur wird zum Akkumulationsmodus, der nicht nur die Natur und Umweltdienstleistungen schützen, sondern auch den lokalen Nutzer\_innen und Besitzer\_innen etwa von Waldflächen materiell, sozial und symbolisch zugute kommen soll. Frauen als Hüterinnen des Saatguts, als Bewahrerinnen biologischer Vielfalt und lokalen Wissens, als Kleinbäuerinnen und Küchengärtnerinnen und als Zuständige für die Kochenergie ländlicher Haushalte sind eine besondere Zielgruppe dieses inklusiven Liberalismus, der den globalen Süden zunehmend als Kohlenstoffsenke nutzen will. Regierungen in Ländern des globalen Südens lehnen diese Inwertsetzung ihrer natürlichen Ressourcen überwiegend ab. Einige betrachten sie jedoch als eine vielversprechende Einnahmequelle und als einen Motor für wirtschaftliche Entwicklung, darunter Costa Rica, das sich Vorteile von dem Zugangs- und Vorteilsausgleich in Bezug auf genetische Ressourcen verspricht, und Südafrika, wo die Finanzialisierung des Klimaschutzes und die Inwertsetzung einzelner Regionen als Senken begrüßt wird.

Die Biodiversitätskonvention (CBD), die die UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro auf den Weg brachte, verknüpfte bereits die Marktlogik mit der Notwendigkeit des Naturschutzes. Einerseits soll die biologische Vielfalt in die globale Warenwirtschaft und die globalen Profitkreisläufe einbezogen werden, andererseits soll sie beispielsweise durch Maßnahmen wie die Zonierung in Naturschutzparks vor der Nutzung durch die indigenen Eigner\_innen geschützt werden. Die CBD versucht mit dem Angebot des

Vorteilsausgleichs zwischen den lokalen Nutzer\_innen der Biodiversität und privatwirtschaftlichen Unternehmen, die sich die genetischen Ressourcen durch Patentierung aneignen und vermarkten wollen, zu vermitteln. Der «Gender Action Plan» von 2008 bezieht Frauen explizit in dieses Konzept ein und erkennt sie damit auch als legitime Besitzerinnen und Nutzerinnen lokaler Ressourcen an. Die Gewinnbeteiligung ist ein Anreiz für die lokalen Akteure, der Kommerzialisierung, die für sie gleichzeitig Enteignung bedeutet, zuzustimmen. Flankierend zur UN-Konvention schreiben Freihandelsabkommen den Biodiversitätsschutz als Umweltdienstleistung und mit Regelungen zu geistigen Eigentumsrechten (TRIPS) als liberalisierten Sektor fest.

Die meisten lokalen und indigenen Bevölkerungen betrachten die Biodiversität – wie auch das Land, auf dem sie leben – als gemeinsames Erbe ihrer Vorfahren, das niemals gekauft wurde und daher auch nicht verkauft werden darf. Sie verstehen die lokale Biodiversität und das Saatgut als «seit Jahrhunderten» eigene Produktionsmittel. Ihre Arbeit begreifen sie selbstbewusst als wertschöpfende Tätigkeit und ihr Wissen als Produktivvermögen, mit deren Hilfe sie den genetischen Bestand nicht nur erhalten, sondern produktiv weiterentwickelt haben. Viele Frauen verfügen über detaillierte Kenntnisse über den Nährwert und die Heilkräfte indigener Pflanzen. Traditionelles Wissen ist in diesen Reproduktionszusammenhängen ein konstituierendes Element von Lebensräumen und eine zentrale Livelihood-Ressource (vgl. Kuppe 2002), die gerade den Bäuerinnen als Hüterinnen des Saatguts und Ernährungsverantwortliche Wertschätzung in der Gemeinschaft sichert. Die Aneig-

nung und Patentierung von genetischem Material und Wissenspartikeln durch Agro- und Pharmakonzerne löst diese aus ihrer raumzeitlichen und sozialen Anwendungspraxis heraus und (be-)handelt sie einfach als Ware. Diese Privatisierung und Vermarktung der Commons Biodiversität und Wissen unterläuft und zerstört die «andere Ökonomie» der lokalen und indigenen Kleinbäuerinnen und -bauern. Gleichwohl ist das Versprechen der Gewinnbeteiligung und damit der Marktinklusio n unter Armut sbedingungen höchst attraktiv (Wichterich 2008).

Mit ähnlichen monetären und ideellen Versprechen wartet auch das heftig umstrittene Konzept der «klimasmarten» Landwirtschaft auf, mit dem die Weltbank in enger Kooperation mit Agrarkonzernen auch den Ackerbau und die Viehhaltung in die Marktmechanismen zum Klimaschutz einbeziehen will. Monsanto und andere Agrargiftkonzerne haben zum Beispiel ein Interesse an der pfluglosen Bodennutzung (derzeit bereits in großem Maßstab in Brasilien angewendet), weil diese neue Märkte für Herbizide öffnet. Hauptadressaten für die Zertifizierung emissionsarmer Land- und Waldnutzung sind Kleinbäuerinnen. Das bedeutet für diese Frauen und ihre bislang geringgeschätzten Anbaumethoden eine neue Form der Anerkennung. Die Marktinklusio n der Frauen ist allerdings nicht über einen Vertrag zwischen Lohnarbeit und Kapital vermittelt. Das in Aussicht gestellte Einkommen ist abhängig von den Gesetzen des Finanzmarkts und nicht von den Arbeitsleistungen der Frauen, nämlich Aufforstung oder emissionsarmer Anbau.

Die Paradoxien dieser finanzmarktför migen Inklusio n zeigt ein Pilotprojekt zu klimasmarter Landwirtschaft, durch-

geführt von der Green-Belt-Bewegung in Kenia. Die Frauen erhalten Zertifikate dafür, dass sie Hunderttausende Tonnen von CO<sub>2</sub> durch Aufforstung binden, statt Nahrungsmittel anzubauen, und damit dem Klimaschutz Vorrang vor der eigenen Ernährungssicherung geben. Einnahmen, die ganz von den Marktpreisen der Zertifikate abhängen, sind allerdings erst nach Jahren zu erwarten und werden wahrscheinlich nicht einmal die Investitionskosten decken (Lang 2011). Experten und Consultants, die bei der Projektplanung, beim Technologietransfer und bei der Verifizierung als CDM-Projekt<sup>3</sup> zum Einsatz kommen, verdienen dagegen unmittelbar an dem Projekt. Derzeit sind die Zertifikatspreise eingebrochen, weil bereits zu viele Zertifikate, vor allem zu viele dubiose, auf dem Markt sind.

Die Profitorientierung der CDM-Projekte erzeugt mehrere Konkurrenzen: Sie verführt dazu, schnell wachsende, von außen kommende Baumarten statt einheimischer, langsam wachsender Sorten zu pflanzen. Die Frauen vor Ort konkurrieren nun mit Investoren von außen, die mit schneller Aufforstung schnelle Geschäfte machen und deshalb Interesse an Land haben. Die Vermarktlichung des Klimas wird im Rahmen der «Green Economy» ausgebaut, doch ohne die Reproduktionsfähigkeit der lokalen Akteure nachhaltig zu verbessern. In jedem Fall werden vermittelt über die Nutzer\_innen und Eigner\_innen vor Ort Ressourcen für die Kommodifizierung von Natur und grünes Wachstum zugänglich gemacht. CO<sub>2</sub>-Senken im globalen Süden sollen die mangelnde Reduktion von Treib-

<sup>3</sup> CDM = Clean Development Mechanism; Marktmechanismen zur Bekämpfung des Klimawandels, zum Beispiel Zertifikate, die eine Emissionsreduktion unterstützen, indem sie mit Emissionsrechten handeln (vgl. Kap. 2).



hausgasen durch den industriellen Produktions-Konsum-Komplex im globalen Norden kompensieren und sind somit eine Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der «imperialen Lebensweise» der globalen Mittelschichten (Brand/Wissen 2011).

An diesem Punkt schlagen Feministinnen nun unterschiedliche Diskurs- und Strategiepfade ein. Liberale Gleichheitsfeministinnen sind der Ansicht, dass fortbestehende Ungleichheiten bei der Inklusion und «androzentristische» Normen in der grünen Ökonomie durch Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting behoben werden können (Kuhl 2011; vgl. zu den Klimainstrumenten Schalatek 2012). Feministische Ökologinnen fordern dagegen einen Paradigmenwechsel für eine sozial- und gendergerechte grüne Ökonomie, die – statt auf technologische und marktförmige Lösungen zu fokussieren – bei den lokalen Lebensgrundlagen (*livelihoods*) und den sozialen Reproduktionsinteressen der lokalen Gemeinschaften ansetzen müsste (Tandon 2012a). Gegen den Trend der Ökonomisierung und Privatisierung ist aus dieser Perspektive eine Rückbesinnung auf das «Andere», aus dem Markt Externalisierte und Abgewertete zentral, zum Beispiel auf Gemeinschaftsgüter oder Sorgeökonomien. So wäre zu fragen: Welche Möglichkeiten des Zugangs zu Naturressourcen, beispielsweise zu Wasser, oder zu sanitären Einrichtungen (häufig ein prioritäres Interesse von Frauen) lässt die grüne Ökonomie armen Menschen und Kommunen im Rahmen etwa von Community-Rechten, von Commons und Gemeinwohl? Ebenso müsste informellen, reziproken und versorgungsorientierten Arbeits- und Wirtschaftsformen in ländlichen und urbanen Gemeinschaften am

Rande kapitalistischer Wertschöpfung mehr Wertschätzung zuteilwerden.

Ein Beispiel dafür ist das informelle Abfallmanagement und Recycling in vielen Städten des globalen Südens. Es ist arbeitsintensiv und eine wertvolle ökologische Dienstleistung mit dem Potenzial, darauf nicht kapitaldominierte regionale Wertschöpfungskreisläufe aufzubauen. In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben sich die schätzungsweise 15 Millionen städtischen Abfallsammler\_innen, die es weltweit gibt, zunehmend auf unterschiedlichen Ebenen organisiert, teils als separate Frauenorganisationen auf Basis der Arbeitsteilung beim Sammeln und Trennen.<sup>4</sup> Sie fordern zum einen, aus diesen *green jobs* so etwas wie *decent jobs* zu machen, also die Einkommen sowie die Arbeits- und Hygienebedingungen zu verbessern, ohne die Arbeitsplätze durch Mechanisierung überflüssig zu machen oder völlig zu maskulinisieren. Zum anderen geht es um die Eigentumsfrage und eine Abwehr von Privatisierung durch kommerzielle Müllentsorgungs- und -verwertungsfirmen: Dürfen die Abfallsammler\_innen das, was andere wegwerfen und dem sie durch Trennen, Selektieren und Strukturieren Wert zusetzen, weiterverkaufen? Ist der städtische Abfall, wenn er aus dem privaten Müllcontainer entfernt wurde und auf der kommunalen Müllhalde landet, ein Gemeingut, das die Armen sozusagen in einem sozialen Umverteilungsmechanismus als Einkommensquelle für sich verwerten dürfen?

Am Beispiel des individuellen Abfallmanagements in Pune in Indien zeigen sich widersprüchliche Widerstands- und Aneignungsstrategien. Müllsammeln wird

<sup>4</sup> Vgl. <http://wiego.org/informal-economy/occupational-groups/waste-pickers>.

als «unrein» betrachtet, weswegen es lange Zeit vor allem die Dalits, die unterste Gruppe im Kastensystem, waren, die dieser Aufgabe nachgingen und darin eine relativ sichere Verdienstmöglichkeit sahen. Deshalb sind die informellen Müllsammler\_innen gegen Privatisierung und Mechanisierung und bauen Kooperativen auf. Es entsteht jedoch ein Konflikt innerhalb der Dalit-Community: Dalit-Aufsteiger versuchen nämlich, die ihnen soziokulturell zugeschriebenen Arbeitsbereiche als Unternehmer zu nutzen und zu verwerten, auch weil sie davon überzeugt sind, dass ein «Dalit-Kapitalismus» das Kastensystem unterminieren und überwinden kann.

Die Inklusion von bisher Ausgeschlossenen und Marginalisierten wie Frauen, Kleinbauern und Indigene in Wertschöpfungsketten und in den Schutz von Senken stellt einen globalisierten Vergesellschaftungsmodus dar, der sich am Prinzip des Homo oeconomicus und am selbstständigen Unternehmertum orientiert. Sie mag Geschlechtergleichheit und Anerkennung auf den Märkten einen Schritt voranbringen, konstituiert für die Inkludierten jedoch keine globale *citizenship*, die auf Rechten beruht, und führt auch nicht zu Umverteilung oder zu nachhaltigen Formen der Existenzsicherung. Dies stärkt im Kontext des globalen Neoliberalismus den Ruf nach herrschafts- und hierarchiekritischen Auseinandersetzungen um Geschlechtergerechtigkeit und Naturverhältnisse. Im Zentrum stehen dabei erneut *livelihoods* und Lebenswelten, vor allem aber auch Care, das Sorgen um und für Mensch und Natur, das Versorgen und Erhalten. Gegen die ökofeministische «Romantisierung», aber auch gegen die poststrukturalistische Auflösung

der Kategorie Gender fordern feministische Ökologinnen eine Repolitisierung von Care (Elmhirst 2011; Hawkins/Ojeda 2011). MacGregor (2010) sieht Care als Grundelement einer *feminist ecological citizenship* und einer Handlungslogik, die die Trennung von privat und öffentlich sowie von Produktion und Reproduktion zu überwinden versucht. Diese Logik widersetzt sich sowohl in der Alltagspraxis als auch in politischen Kämpfen der Privatisierung von Gemeingütern sowie ökologischer und sozialer Risiken, der Finanzialisierung von Natur sowie der Ökonomisierung von Umweltproblemen (vgl. Charkiewicz 2009).

### 1.5 Land Grabbing und Widerstand

Die Vielfachkrise hat weltweit einen Boom an Investitionen in Land und andere Ressourcen ausgelöst. Kapitaleigner suchen aus Furcht vor Inflation und dem nächsten Crash nach schnellen Anlagemöglichkeiten jenseits der Finanzmärkte. Neben dem Ressourcenextraktivismus durch Bergbau, Infrastrukturprojekte, Nahrungsmittelanbau und Viehzucht ist der wachsende Bedarf an Biomasse als erneuerbare Energie eine starke Antriebsfeder sowohl für Investoren für eine verstärkte Landnahme als auch für Regierungen im globalen Süden, mehr Böden einzuhegen und lukrativ zu verpachten oder zu verkaufen. Die daraus folgende Vertreibung lokaler Nutzer\_innen sowie die Aneignung ihrer Lebensgrundlagen, des Nexus von Land, Wasser und Energie, markieren die beschleunigte Ökonomisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse und eine neoliberale sozialökonomische Transformation in ländlichen Regionen, nämlich der privaten Aneignung und Nutzung von lokalen Ressourcen und Commons

für globale Wertschöpfungsketten (Behrman u. a. 2011).

Eine gängiges Argument zur Legitimierung von Landraub lautet, dass es sich überwiegend um «Brachland» oder «untergenutztes» Gemeinschaftsland handele und Investitionen Entwicklungs- und Effizienzgewinne bringen würden, von denen dann auch die lokale Bevölkerung direkt oder indirekt profitieren könnte. Dahinter verbirgt sich eine Geringschätzung und Abwertung kleinbäuerlichen und nomadischen Wirtschaftens als «Unternutzung», unproduktiv und unrentabel und eine Ignoranz gegenüber der produktiven Nutzung von sogenanntem Brachland als Allmende, wo Tiere grasen oder die Frauen wild wachsende Pflanzen, Früchte und Nüsse oder auch Viehfutter sammeln. Nomaden und landarme Frauen sind auf solche Allmenden, die auch Zugang zu Wasser und Energie bieten, für ihre alltägliche Versorgung und das wenige, was sie zu Märkte tragen können, existenziell angewiesen (Federici 2011).

Europas Bedarf an Agrosprit und Konzerninteressen verdrängen die verbliebenen subsistenzwirtschaftlichen Strukturen und mindern die Einkommensmöglichkeiten von Kleinbäuerinnen. Dekarbonisierung im Norden und Ernährungssicherung im Süden treten in Konkurrenz. Derzeit gewinnt die Landnahme in einigen Ländern Afrikas und Asiens eine neue großflächige Dimension durch die Schaffung von Korridoren für «landwirtschaftliches Wachstum», industrielle Wertschöpfungsketten und Infrastruktur. Wo Regierungen Landnahme vermitteln, kommt es zum Wettbewerb unterschiedlich definierter Commons. Vor allem Indigene betrachten Land als von den Vorfahren übernomme-

nes Gemeingut. Diese Regierungen fordern nun häufig den Verzicht auf dieses Land zugunsten eines neuen Common, nämlich von zukünftiger Entwicklung im Sinne des Gemeinwohls. Solche Verdrängungs- und Enteignungsprozesse erzeugen unter bestimmten Umständen neue Vulnerabilitäten und Verarmungsrisiken. Der monokulturelle Anbau von Palmöl, Zuckerrohr oder Jathropa zerstört nicht nur die Biodiversität und das Saatgut, sondern auch die Nutzungsdiversität, ortsgebundenes Wissen und das wenige an Ernährungssicherheit, was die kleinbäuerliche Landwirtschaft produzieren konnte. Kleinbäuerinnen, die lokale Sorten für die Selbstversorgung und lokale Märkte anbauen, werden von den besten Böden oder ganz aus der Landwirtschaft verdrängt. Deshalb gelten die kleinbäuerliche frauendominierte Landwirtschaft und Ernährungssicherung als die ersten Verlierer der grünen Wachstumsbranche der erneuerbaren Energien (Tandon 2012b).

Aus einer frauenrechtlichen und Gleichstellungsperspektive entstehen hier strategische Dilemmata. Die Schlüsselforderung nach individuellen Land- und Erbrechten für Frauen ist zentral im Kampf um Geschlechtergleichheit. Im Kontext des derzeitigen Land Grabbing wird jedoch kontrovers diskutiert, welche Formen von Landbesitz und Nutzungsrechten Frauen am meisten Schutz vor Vertreibung bieten: kollektive Nutzungsrechte und Gemeineigentum oder individuelle Landtitel, die ihnen eine Ablehnung des Verkaufs erlauben würden. Einerseits diskriminieren die lokalen Gemeinschaften Frauen, wenn es um die Kontrolle und Entscheidungsmacht über Commons geht, andererseits stehen individuelle Landrechte in der unter anderem von der

Weltbank forcierten Logik von Bodenprivatisierung und Liberalisierung, die eine Einhegung von Land durch aus- und inländische Großinvestoren und eine Ausgrenzung von kleinbäuerlichen und nomadischen Nutzer\_innen zur Folge hat.

Die Enteignung der Reproduktionsbedingungen löst an der Basis eine Reorganisation von Haushalten und Gemeinschaften, von Arbeitsteilung und Geschlechterrollen aus (Porro 2010), häufig aber auch Proteste und soziale Kämpfe um Ressourcen, Eigentum und Nutzungsformen. Auch wenn die kärglichen Ressourcen keinen Schutz vor Armut und keine Resilienz gegenüber Umweltdegradierungen boten, bedeutet Enteignung den Verlust von Reproduktionssicherheit, über die viele Arme – wenn auch in einem beschränkten Ausmaß – bislang verfügen. Widerstand formiert sich deshalb vor allem da, wo der Verlust an Boden und Ressourcen nicht durch ein Angebot an Jobs und Geldeinkommen in oder durch neue Anpflanzungen kompensiert werden soll, das heißt auf Baum- und Zuckerrohrplantagen. Generell sehen Männer für sich mehr und bessere Optionen als Frauen. Daher lassen sie sich auch eher auf Kompensationszahlungen beim Verkauf ihres Landes ein. Frauen aus indigenen oder kleinbäuerlichen Bevölkerungen stehen dagegen häufig an der Spitze von Initiativen und Bewegungen, die lokale Ressourcen oder Gemeingüter gegen Biopiraterie, Landnahme und industrialisierte Ressourcenausbeutung verteidigen. Sie bestätigen den ökofeministischen Topos der besonderen Naturnähe und Landbindung von Frauen, weil ihre gelebte Produktions- und Reproduktionseinheit und Versorgungslogik gänzlich orts- und raumgebunden sind. Für den Erfolg des Kampfes gegen eine nor-

wegische Firma, die in Ghana die größte Jathropa-Plantage der Welt aufbauen wollte, war entscheidend, dass es den Frauen gelang, den Plan für die massive Fällung von Sheanusssäumen, die ihre Existenzgrundlage darstellten, zu skandalisieren. Der Investor zog sich daraufhin aus dem Geschäft zurück (Temper/Martinez-Alier 2012).

Jedenfalls zerstört die auf Agrartreibstoffe zielende grüne Ökonomie auf imperiale Weise Landsouveränität, Commons und lokale und regionale Subsistenzkapazitäten. Das heißt, dass die neoliberale grüne Ökonomisierung soziale und Ressourcengerechtigkeit torpediert. Derzeit ist allerdings schwer zu überschauen, in welchem Umfang Land- und Wasseraneignungen und Privatisierungen durch lokale Bewegungen und Kämpfe verhindert werden können beziehungsweise inwieweit es mit verschiedenen Angeboten der Inklusion und Teilhabe an Gewinnen letztlich gelingt, den Widerstand vor Ort zu brechen oder von vornherein gar zu verhindern. Die vorliegenden (wenn auch defizitären) Daten über soziale Konflikte in Afrika zeigen jedenfalls keine signifikanten Zusammenhänge zwischen Landnahme großer Flächen und lokalem Widerstand (Thaler 2013). Es bleibt ein erheblicher Forschungsbedarf hinsichtlich der Frage, wie lokale Bevölkerungen mit Land Grabbing umgehen, welche Verhandlungsstrategien sie entwickeln und wie sie ihre Reproduktionsformen an die veränderte Situation anpassen. Darüber hinaus bleibt noch viel zu tun, um das Potenzial von Commons und solidarischen Ökonomien für eine emanzipatorische Transformation von Wirtschafts- und Naturverhältnissen sowie für mehr soziale und Geschlechtergerechtigkeit zu erfassen und auszuloten.

## 2 KLIMAPOLITIK: NATURALISIERUNG UND VERRÄUMLICHUNG SOZIALER UNGLEICHHEIT

Die globale Klimapolitik ist zu einem zentralen Terrain der neoliberalen Ökonomisierung geworden und trägt zur rasanten Kommodifizierung von Luft, Land und Wald bei. Geschlechtliche Machtverhältnisse und Dynamiken sind sowohl direkt als auch indirekt von dieser Entwicklung betroffen. Klimapolitische Instrumente reproduzieren geschlechtliche Arbeitsteilung, tragen zur Feminisierung von Klimavulnerabilität bei, fördern die Inwertsetzung und Kontrolle weiblicher Arbeitskraft und machen Frauen auf lokaler Ebene zu Hauptverantwortlichen des Klimaschutzes, während sie immer noch von den zentralen Verhandlungen über die internationale Klimapolitik weitgehend ausgeschlossen bleiben.

Mit dem ausschließlichen Fokus auf ökonomische Chancen und Potenziale bei der Bearbeitung des Klimawandels werden die Ursachen dieses Problems außer Acht gelassen. Eine mögliche Krise kapitalistischer Wachstumsideologien wird auf diese Weise negiert. Dabei findet der Klimawandel nach 250 Jahren kohle- und erdölbasierter Industrialisierung und Urbanisierung statt und muss in seiner historisch-materiellen Dimension als Ergebnis eines fossilistischen Kapitalismus betrachtet werden. Die Erwärmung der Erdoberfläche und der Meere und ihre regional sehr unterschiedlich ausgeprägten negativen sozialen und ökologischen Folgen sind das Ergebnis einer exzessiven Übernutzung des globalen Gemeinschaftsguts Atmosphäre seit Beginn der Industrialisierung.

Die Verlangsamung des Klimawandels ist neben dem Biodiversitätsschutz in den letzten Jahren zum zentralen For-

schungs- und Politikfeld im Kontext globaler Umweltveränderungen geworden. Die Suche nach effektiven und schnell wirksamen Klimaschutzstrategien hat das sozialökologische Ausbuchstabieren des Leitbildes Nachhaltigkeit in den Hintergrund gestellt und ein wachstumsoptimistisches Regime hervorgebracht, das technologische Lösungen und ökonomische Steuerungsinstrumente bevorzugt. Nicht mehr die Schlagwörter «nachhaltige Entwicklung», «intergenerative Gerechtigkeit» und «globale Verantwortung» stehen im Fokus, sondern das Interesse, die Aufgaben des Schutzes, des Erhalts und der Regeneration von Natur so aufzuteilen, dass die gewohnten Lebensstile in den Ländern des globalen Nordens aufrechterhalten werden können. Mit dieser Zielverschiebung geraten auch Geschlechterverhältnisse in der Klimapolitik neu in den Blick: In der Nachhaltigkeitsdebatte der 1990er Jahre kam es zu einer Stilisierung von Frauen als Naturbewahrerinnen und Umweltmanagerinnen, und es wurde ihnen eine aktive und zentrale Rolle für eine nachhaltige Entwicklung zugeschrieben. Gleichzeitig wurden sie als diejenigen betrachtet, die die zusätzlichen Versorgungslasten des Haushalts zu tragen haben. In der aktuellen Debatte zum Klimawandel wird stärker die geschlechtsspezifische Verwundbarkeit von Frauen durch die Folgen des Klimawandels hervorgehoben und damit ihre Opferrolle betont (Bauriedl 2013).

Die internationale Klimapolitik trägt bisher nicht effektiv zur Bewältigung der sozialökologischen Krise bei. Vielmehr wird sie von den Eliten des Nordens genutzt, um die Finanz- und Wirtschaftskrise der

Industriestaaten zu bearbeiten und den großen Schwellenländern Verwertungspotenziale für ökologische Ressourcen zu bieten. Mittels marktwirtschaftlicher Instrumente wie dem Emissionshandel werden neue Eigentumsrechte in Form von Emissionszertifikaten geschaffen. Sie ermöglichen eine Privatisierung der Atmosphäre und schaffen damit eine spezifische Geografie der Kapitalströme des Emissionshandels. Statt auf die Umwelt- und Klimakrise mit einem Umbau der Produktion oder veränderten Konsumformen zu reagieren, befördern der 1997 begonnene Kyoto-Prozess und der im Jahr 2005 eingeführte europäische Handel mit Emissionsrechten eine Entwicklung, bei der die Umwelt zur Ware beziehungsweise deren Absorptionsfähigkeit zur handelbaren Ökosystemleistung gemacht werden.

## 2.1 Naturalisierung globaler Ungleichheiten

Lokale Klimaschutzmaßnahmen, die mit einer Ökonomisierung von Natur verbunden sind, haben immer eine globale Dimension. Marktbasierte klimapolitische Instrumente wie der Emissionszertifikat-handel oder die Emissionskompensationszahlungen verbinden die Entwicklungspotenziale von Menschen, die an unterschiedlichen Orten der Erde leben und arbeiten, direkt miteinander.

Mit dem Kyoto-Protokoll haben 1997 die UNFCCC-Vertragsstaaten<sup>5</sup> marktbasierete Klimaschutzinstrumente beschlossen, die es Unternehmen in Industrieländern ermöglichen, ihrer Verpflichtung zur Emissionsminderung durch die Finanzierung von Einsparungsmaßnahmen in anderen Industrieländern (*joint implementation*, JI) oder in Schwellen- und Entwicklungsländern (*clean de-*

*velopment mechanism*, CDM) nachzukommen, wo Einsparungspotenziale kostengünstiger zu realisieren sind. Dieses Tauschgeschäft der Emissionsrechte hat eine stark regionale Ausprägung. Die weitaus meisten Minderungsrechte wurden in den letzten Jahren in China (CDM) und in Osteuropa (JI) von den Zertifizierungsagenturen vergeben und in den USA und in Europa als Verschmutzungsrechte genutzt. Mit den Emissionsgutschriften wurde eine neue Ware geschaffen und damit ein neues Feld der Akkumulation und Verwertung, das sich aus der beschleunigten Zerstörung der Biosphäre und Atmosphäre speist (Zeller 2010: 118).

Das heißt, der Klimawandel wird aus ökonomischer Sicht nicht als Problem, sondern als Investitionspotenzial behandelt. Die naturwissenschaftliche Definition des Klimawandels als Emissionsproblem hat den Rahmen für diesen Markt geschaffen. So geht das einflussreiche «Intergovernmental Panel on Climate Change» (IPCC) von einer vorhersagbaren Geschwindigkeit des Klimawandels aus und hat mit zwei Grad Celsius einen konkreten Grenzwert für die globale Erwärmung vorgegeben, der nicht überschritten werden dürfe. Die naturwissenschaftlich untermauerte Aussage des IPCC, dass zwei Grad Erwärmung der Schwellenwert ist, innerhalb dessen die Klimakrise zu bewältigen sei, schuf die Grundlage für die Etablierung eines neuen Marktes. Ganz abgesehen davon, dass hiermit eine fast schon zynisch zu nennende Verallgemeinerung verbunden ist (eine durchschnittliche globale Erwärmung von zwei Grad bedeutet voraussichtlich eine Steigerung um vier Grad im

<sup>5</sup> UNFCCC = United Nations Framework Convention on Climate Change.

Tropenraum), wird damit auch die Botschaft vermittelt, dass wir alle im selben Boot sitzen. Der IPCC-Bericht von 2007 hatte unmissverständlich formuliert, dass der Klimawandel anthropogen verursacht ist. Tatsächlich wurde und wird der Klimawandel aber nicht von allen Menschen in gleichem Maße verursacht. Die Hauptverantwortung lässt sich in den Regionen verorten, die am meisten von der kapitalistischen Naturausbeutung profitiert haben.

Das Paradigma der grünen Ökonomie impliziert die Behauptung, dass es ein Wirtschaftswachstum geben kann, das von Naturzerstörung und steigenden Kohlenstoffemissionen entkoppelt ist. In der deutschen Nachhaltigkeitsdebatte hat zum Beispiel die Studie «Faktor Vier» dieses Argument prominent gemacht (Weizsäcker u. a. 1995). Die Autoren gehen davon aus, dass durch eine technologische Effizienzrevolution und individuellen Umweltschutz ein halbiertes Naturverbrauch bei doppeltem Wohlstand erreicht werden kann. Empirisch belegt ist diese These für den Klimawandel bisher nicht, vielmehr steigen die Treibhausgasemissionen sowohl global als auch in den Industrieländern parallel zum Wirtschaftswachstum weiter an. Unberücksichtigt bleibt der Rebound-Effekt, der entsteht, solange Energieeinsparungen mit Geldeinsparungen verbunden sind, die für ressourcenintensiven Konsum investiert werden können (z. B. zusätzliche Flugreisen durch eingesparte Heizkosten). Außerdem müssen energieeffiziente Technologien und Geräte erst einmal hergestellt und die damit verbundenen Emissionen in der Gesamtrechnung berücksichtigt werden. Makroökonomische Zusammenhänge von direktem Rebound (mehr Konsum vom

gleichen Produkt) und indirektem Rebound (Ressourcenverbrauch an anderer Stelle) finden in der Entkopplungsthese keine Beachtung (Berger 2013). Der kapitalistische Wachstumszwang wird auf diese Weise nicht infrage gestellt.

Die Debatte über eine sozialökologische Transformation als Lösung globaler Umweltkrisen, inklusive der Klimakrise, muss daher im Hinblick auf den realen globalen Naturverbrauch, die Verantwortungszuweisung für Naturschutz und Naturreparatur sowie die impliziten räumlich-relationalen Machtverhältnisse kritisch analysiert werden. Die Klimapolitik reproduziert ein postkolonial geprägtes Nord-Süd-Verhältnis. Die Emission von Treibhausgasen wird verursacht durch einen kohlenstoffbasierten Konsum im globalen Norden, der den weltweiten Verschmutzungsdurchschnitt bei Weitem übersteigt. Die Umsetzung von Maßnahmen zur Emissionsreduktion durch den Rohstoffanbau für erneuerbare Energie, die unter anderem die motorisierte Mobilität im globalen Norden sichern sollen, und der Ausbau beziehungsweise der Erhalt von Kohlenstoffsinken im globalen Süden können in ihrem Verwertungsverhältnis als Kohlenstoffkolonialismus bezeichnet werden (Bachram 2004; Zeller 2010: 120). Eine herrschaftskritische feministische Analyse muss darüber hinaus deutlich machen, dass die Durchsetzung dieser imperial organisierten Naturnutzung grundsätzlich mit hierarchischen Geschlechter- und Klassenverhältnissen verbunden ist.

## 2.2 Geschlechterkonstruktionen globaler Klimapolitik

Im vorherrschenden Diskurs zum Klimawandel kommt ein stark essentialistisch-dualistisches Geschlechterverständnis

zum Tragen, das bestehende gesellschaftliche Hierarchien verschärft. Das argumentative Repertoire der Problemdefinition und Problembearbeitung in der internationalen Klimapolitik lässt sich in drei Diskurssträngen zusammenfassen: dem Nachhaltigkeitsdiskurs, dem Vulnerabilitätsdiskurs und dem Diskurs zu grüner Ökonomie. Der Nachhaltigkeitsdiskurs, der die Umweltpolitik der 1990er Jahre bestimmt hat, schreibt Frauen ein geschlechtsspezifisches Expertentum für ein nachhaltiges Umweltschutzhandeln zu. Aus diesem Grund sollen Frauen an lokalen Entscheidungsprozessen stärker beteiligt werden, um ihre Kompetenzen als Ressourcenmanagerinnen für eine nachhaltige Entwicklung besser nutzen zu können. Viele in Umwelt- und Entwicklungsorganisationen tätige Feministinnen haben diese Argumentation unterstützt und übernommen, weil sie darin eine Möglichkeit sahen, die Position insbesondere von armen Frauen im ländlichen Raum des globalen Südens zu stärken. Im Rahmen der Vulnerabilitätsdebatte werden Frauen dagegen vor allem als Leidtragende der vielfältigen negativen Folgen von globalen und lokalen Umweltveränderungen betrachtet. Auch hier werden primär Bilder von Frauen in Armutsregionen aufgerufen, wie etwa Aufnahmen von Frauen beim beschwerlichen Sammeln von Feuerholz oder beim Wasserholen. Diese visuellen Repräsentationen stärken die Vorstellung von einer Feminisierung von Armut und tragen gleichzeitig zu einer räumlichen Verortung von sozialer Differenz bei (betroffen von den Folgen des Klimawandels sind, so die Botschaft, vor allem Frauen in Armutsregionen). Der aktuell die Klimapolitik dominierende Diskurs grüner Ökonomie ver-

spricht, effektiven Umwelt- und Klimaschutz mit positiven sozialen Effekten und Chancengleichheit zu verbinden. Das Credo der grünen Ökonomie lautet, dass marktbasierende Klimaschutzinstrumente und die Energiewende zu einem bedeutsamen Wirtschaftswachstum führen werden, von dem alle Menschen profitieren können, sowohl in den Industrie- und Schwellenländern als auch in den Entwicklungsländern. Um den sozialen Mehrwert der marktförmigen Klimaschutzinstrumente und damit deren Legitimität zu erhöhen, gibt es Bemühungen, mehr Partizipation von Frauen sicherzustellen. Beispielsweise hat die klimapolitische Lobbyorganisation «Women Organizing for Change in Agriculture and Natural Resource Management» im Mai 2013 den «Women's Carbon Standard» (W+) initiiert. Dieser bietet Unternehmen in Industrieländern die Möglichkeit, im Rahmen des marktbasierten Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (CDM) zusätzlich zu ihrer Emissionskompensation in Schwellen- und Entwicklungsländern ein Qualitätssiegel zu erwerben, indem sie mit Projekten kooperieren, die insbesondere Frauen fördern (Women's Carbon 2013). Bisherige Modellprojekte versuchten, den Anteil der Bioenergie bei der Nutzung von Gaskochern und die Emissionsreduktion beim Abfallmanagement zu erhöhen. Der «Women's Carbon Standard» soll es Frauen ermöglichen, am globalen Emissionszertifikatshandel teilzunehmen. Zugleich soll er zur Ernährungssicherheit ihrer Familien und der lokalen Gemeinschaften beitragen und ihnen damit helfen, ihre ökonomische und soziale Situation zu verbessern. Anders als die Mehrheit der CDM-Projekte (ein Drittel der Zertifikate kommen durch den



Bau von Wasserkraftwerken in China auf den Markt) richten sich die Projekte mit frauenbezogener Zusatzzertifizierung an Privathaushalte.

Aus herrschaftskritischer feministischer Perspektive ist es offensichtlich, dass das Angebot eines «Women's Carbon Standards» für CDM-Projekte zur Verfestigung einer geschlechternormierten Arbeitsteilung auf lokaler Ebene beiträgt. Das Instrument zielt auf die ökonomische Inwertsetzung der Reproduktionsarbeit (als unbezahlte Arbeit von Frauen), um das Akkumulationspotenzial von Unternehmen im globalen Norden zu erhöhen (u. a. dadurch, dass sich diese ihrer *corporate social responsibility* rühmen können). Hier wird Selbstbestimmung für Frauen versprochen und eine Selbststeuerung im Rahmen von traditionellen Geschlechternormen zur Stabilisierung neoliberaler Klimapolitik erwartet.

Mithilfe der Rhetorik von Empowerment, Chancengleichheit und Entwicklung werden Frauen in die internationale Klimafinanzwirtschaft integriert und zu Marktteilnehmerinnen gemacht, indem die Hausarbeit von Frauen unter die Kontrolle des globalen Emissionszertifikats-handels gebracht wird. Der Mehrwert der täglichen Reproduktionsarbeit von Frauen in Entwicklungs- und Schwellenländern wird auf diese Weise der Logik der Wertschöpfung und Akkumulation von Unternehmen in den Industriestaaten unterworfen. Es geht hierbei nicht um eine angemessene Entlohnung, sondern um die Finanzialisierung und Kommerzialisierung dieser Tätigkeiten. Die zusätzlich geleistete, unbezahlte Reproduktionsarbeit wird als Leistung von Frauen für die Gemeinschaft kaschiert (Federici 2013: 99). Unterstellt wird mit dieser Rhetorik nicht nur eine natürli-

che Zuständigkeit von Frauen für diesen Bereich, sondern auch eine höhere Verantwortung von Frauen für die soziale Reproduktion ihrer Familien und der Gemeinschaften/Communities, in denen sie leben. Daher wird von ihnen auch erwartet, den erwirtschafteten Gewinn aus CDM-Projekten zu sozialisieren. Der Aufbau alternativer solidarischer Ökonomien (Zeitbanken, Gemeinschaftsgärten, kollektiv geleistete Pflege und Versorgung etc.) wird durch diese individualisierten Klimaschutzmaßnahmen, die auf einer strikten geschlechtlichen Arbeitsteilung basieren, eher verhindert. Um beim Klimaschutz Geschlechtergerechtigkeit zu befördern, wären lokale Strukturen und Organisationen notwendig, die den gleichen Zugang zu Gütern und Dienstleistungen für alle sowie eine gleichberechtigte Beteiligung an kollektiven Entscheidungsprozessen garantieren.

Die empirische, argumentative und visuelle Fokussierung dieser geschlechtsbezogenen Klimapolitik auf tradierte Frauenrollen (umweltsensibel und gemeinschaftsorientiert) wird von einigen feministischen Wissenschaftlerinnen als biologistische Überbetonung einer «weiblichen Betroffenheit» kritisiert. Alternativ wird eine stärkere Beachtung der Handlungsmacht von Frauen in unterschiedlichen sozialen Kontexten gefordert, die zur Reduktion sozialer Vulnerabilität beitragen und die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Frauen berücksichtigen könnte (Dankelmann 2010). Vertreter\_innen einer feministischen politischen Ökologie betonen, dass die Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf den Klimawandel strukturell beeinflusst sind, wobei festgeschriebene Geschlechterrollen (Arbeitsteilung, Bewegungsfreiheit, Zugang zu Bildung

und sozialen Netzen) eine wichtige Rolle spielen. Darüber hinaus sind jedoch auch weitere Faktoren wie Unterschiede bei den Einkommens- und Besitzverhältnissen oder rassistische Hierarchisierungen zu berücksichtigen, die als mit Geschlechterverhältnissen verschränkt betrachtet werden müssen (Rocheleau u. a. 1996; Salleh 2009; Terry 2009; Dankelmann 2010). Für diese strukturellen Unterschiede sind Hierarchisierungen entlang von Klasse ebenso entscheidend und müssen in ihrer Verschränkung mit Geschlechterverhältnissen betrachtet werden. Herrschaftsverhältnisse lassen sich nur kritisieren, wenn auch Machtkonstellationen innerhalb von Geschlechterkategorien analysiert werden. Gerade für Fragen der Klimagerechtigkeit sind Ungleichheitsbedingungen zwischen Frauen des globalen Südens und Frauen des globalen Nordens entscheidender als zwischen Männern und Frauen innerhalb der Industrie- oder Entwicklungsländer.

Ausschlaggebend für Klimagerechtigkeit sind strukturelle Bedingungen und nicht – wie oft in Studien zu Fragen der Vulnerabilität/Verwundbarkeit suggeriert wird – biologische oder kulturelle Differenzen. Obwohl inzwischen kaum mehr infrage gestellt wird, dass die kapitalistisch-industriellen Produktions- und Konsummuster die Ursachen des Klimawandels sind (Clark/York 2005) und dass diese zu einem Großteil auf patriarchalen und heteronormativen Geschlechterverhältnissen und einer entsprechenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung basieren (vgl. Federici 2012), werden diese Zusammenhänge nicht adäquat berücksichtigt. Eine grüne Ökonomie kann auch zum Problemverstärker des Klimawandels werden, solange hiermit eine

kapitalistische Akkumulations- und Verwertungslogik fortgeführt wird. Eine kritische Forschung, die auf eine nachhaltige Klimapolitik abzielt, müsste daher sowohl versuchen, diese Logik zu überwinden, als auch alternative Vorschläge entwickeln, wie Geschlechterverhältnisse jenseits einer heteronormativen, geschlechtlichen Arbeitsteilung gedacht und gelebt werden können.

Festzuhalten bleibt: Sowohl die Problemdeutung des Klimawandels wie auch die Deutung von dessen sozialen und ökonomischen Folgen sind ein umkämpftes Terrain. Ein Konsumverzicht, der zum Beispiel auf die industrielle Fleischproduktion oder den motorisierten Individualverkehr gerichtet ist, wäre ein möglicher und schneller Weg, um Emissionen zu reduzieren, erfordert jedoch eine umfassende gesellschaftliche Diskussion über Ernährungsgewohnheiten und Mobilitätsmuster sowie deren implizite Geschlechternormierungen. Diese Option spielt bei internationalen Klimaverhandlungen jedoch keine Rolle. Die Suche nach singulären Lösungen dominiert die Debatte und wird von Wissenschaft, Politik und Medien in gleicher Weise gepriesen: Der mittelfristige Umbau der Energiesysteme auf die Nutzung erneuerbarer Ressourcen soll in ein post-fossiles Zeitalter führen. Die Befürworter\_innen propagieren damit nicht nur die Reduzierung von Kohlenstoffemissionen und eine verringerte Abhängigkeit von fossilen Energieträgern (Stichwort: *peak oil*), sondern auch die Schaffung von neuen Absatzmärkten, die dem veränderten Risikobewusstsein gegenüber der Kernenergie entsprechen. Mit der Energiewende sollen nicht nur die anthropogen verursachten Treibhausgase radikal reduziert, sondern zeitgleich auch

die Energie-, Ernährungs- und Finanzkrise sowie globale Ungleichheitsverhältnisse bearbeitet werden.

Die dominante Klimadebatte ist fokussiert auf wissenschaftliche Diagnosen, singuläre Lösungen und den Idealtypus des Homo oeconomicus. Die Festlegung von Grenzwerten, das Monitoring von Treibhausgasemissionen, der Emissionszertifikathandel und die Vergabe von Finanzmitteln für Klimaanpassungsmaßnahmen liegen in der Hand internationaler Institutionen. Die kollektive Verantwortung, Treibhausgasemissionen

tatsächlich zu reduzieren, wird jedoch individualisiert, mit der Hoffnung, dass sich ein kohlenstoffarmer Lebensstil aufgrund vernunftbasierter Entscheidungen durchsetzen wird (Paterson/Stripple 2010: 341). In welcher Weise diese Entscheidungen durch Machtverhältnisse und ungleich verteilte Ressourcen beeinflusst werden, spielt für diese globalen Strategien keine Rolle. Sie versprechen schnelle und effektive Lösungen, die keine Zeit verschwenden für eine Auseinandersetzung über soziale Dimensionen des Klimawandels und des Klimaschutzes.

### 3 URBANISIERUNG: DYNAMIKEN EINER NEOLIBERALEN STADTPOLITIK

Städte sind materieller Ausdruck gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Für die Frage einer sozialökologischen Transformation ist es daher aufschlussreich, sich sowohl mit vergeschlechtlichten städtischen Strukturen als auch mit den Repräsentationen von Geschlecht im städtischen Alltag auseinanderzusetzen. Dieses Unterkapitel hat daher die (Re-)Produktion von Geschlechterverhältnissen durch urbane Praktiken und städtische Infrastrukturen zum Thema. Es wird im Folgenden am Beispiel des städtischen Raums gezeigt, wie Gesellschaftsverhältnisse aus einer feministischen Perspektive anders gelesen werden können als im androzentrisch geprägten Wissenskanon der Stadtforschung. Feministische Stadtforscher\_innen kritisieren, dass in der Regel von einer einseitigen Kausalität zwischen Raumstrukturen und sozialen Phänomenen ausgegangen wird. Eine feministische Stadtforschung versteht hingegen Städte als Ergebnis hierarchischer Gesellschaftsstrukturen, als Orte der Differenzproduktion und als Bühne zur Inszenierung geschlechtlicher Identitäten. Städte sind vergeschlechtlicht durch alltägliche Routinen der Stadtnutzung, geschlechtliche Verhaltensweisen sowie Interaktionsformen im öffentlichen und privaten Raum.

Uns interessiert im Folgenden, wie sich geschlechtlich organisierte Reproduktionsarbeit und Sorgeökonomie und städtische Infrastrukturen wechselseitig bedingen und welche Folgen damit für das Ziel einer sozialökologischen Transformation verbunden sind. Städte sind Räume mit intensivem Materialdurchsatz. Im Vergleich zum ländlichen Raum ist der

Ressourcenverbrauch und -output für Konsum, Produktion und Akkumulation sehr viel höher. Und in Städten manifestieren sich soziale Differenz und Arbeitsteilung in räumlicher Dichte, was zu sozialer Ungleichheit führt, sie aber auch zu Orten sozialer Innovationen und der Erprobung alternativer Lebensentwürfe und Geschlechterverhältnisse macht.

Die Gestalt und sozialräumliche Organisation von Städten geben Auskunft über die politische Ökonomie aktueller und zurückliegender Stadtpolitik. Mit dem Umbau der Städte im großen Maßstab (Großwohnsiedlungen, Eigenheimsiedlungen am Stadtrand, neue Verkehrsachsen usw.) sind spezifische urbane Lebensstile entstanden, die vor allem durch einen hohen Ressourcenverbrauch und meist heteronormative Lebensmodelle geprägt sind. Das gilt besonders für Suburbanisierungsprozesse. Vorstädtische Einfamilienhaussiedlungen sind nicht nur Orte der sozialen Segregation, der Normierung und Disziplinierung von Frauen, die auf die häusliche Sphäre verwiesen werden. Diese Siedlungsform hat auch zu einem extremen Anstieg des Energieverbrauchs geführt. Mit den Suburbanisierungsprozessen in Europa und Nordamerika ging bis in die 1980er Jahre hinein auch eine Deinvestition im Wohnraumbestand und eine Vernachlässigung der Stadtzentren einher. Zurück blieben vor allem marginalisierte Stadtbewohner\_innen.

Dieser Trend kehrt sich gerade um. Innenstädtische Quartiere in Großstädten wie Berlin, Istanbul, Chicago oder Rio de Janeiro erleben gerade einen immensen Wandel in Bezug auf die

Eigentumsverhältnisse und Bewohnerstrukturen. Als Teil des internationalen Immobilienmarkts sind sie zu neuen *hot spots* der kapitalistischen Profitmaximierung geworden. Es gibt einige Entwicklungstendenzen, die sich in unterschiedlicher Schärfe in allen Metropolen finden lassen. Die folgenden Abschnitte beleuchten den Zusammenhang von Urbanisierungstrends (explizit Sub- und Reurbanisierung), heteronormativen Lebens- und Wohnformen, geschlechtlicher Arbeitsteilung und sozialökologischer Transformation aus unterschiedlichen Blickrichtungen: erstens ausgehend vom Ziel ökologischer Nachhaltigkeit, zweitens ausgehend von geschlechtlichen Normierungen und drittens ausgehend von einer wettbewerbsorientierten Stadtpolitik.

### 3.1 Städte als Ausgangspunkt sozialökologischer Transformation

Aktuell ist weltweit ein rasanter Urbanisierungstrend zu beobachten. Das künftige globale Bevölkerungswachstum wird sich nach Einschätzung der Vereinten Nationen zu 90 Prozent in Städten konzentrieren. Es gibt eine Reihe von Faktoren, die Urbanisierungsprozesse antreiben. Meist wird Urbanisierung als Ergebnis von Landflucht armer Bevölkerungsgruppen erklärt, die sich neue Einkommensmöglichkeiten erhoffen. Genauso relevant ist, dass ein urbaner Lebensstil heute als ubiquitär angesehen wird, was vielerorts zu einer planungsstrategischen Bevorzugung großstädtischer Entwicklung beigetragen hat.

Städte zeichnen sich weiterhin durch eine hohe Konzentration von Vermögen, Wohlstand, Privilegien und Konsummöglichkeiten aus und gleichzeitig durch wachsende Armutsviertel und Slums.

Deswegen ist das «Recht auf Stadt» weit mehr als das Recht auf individuellen oder gemeinschaftlichen Zugriff auf städtische Ressourcen. Die Frage, in welcher Art Stadt Menschen wohnen wollen, ist verbunden mit der Frage, welche Art von sozialen Beziehungen und welches Verhältnis zur Natur sie anstreben und inwieweit ihnen dies im Rahmen struktureller Ein- und Ausschlüsse ermöglicht wird.

Seit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 werden Wege hin zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung diskutiert. Im Fokus steht der Stadtumbau. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Bewohner\_innen nachhaltiger Stadtstrukturen automatisch nachhaltig verhalten würden. Die Auseinandersetzung über den richtigen Weg zur Nachhaltigkeit verläuft zwischen den Befürworter\_innen einer ökologischen Modernisierung und Anhänger\_innen einer strukturellen Ökologisierung. Die einen wollen den eingeschlagenen kapitalistisch-industriellen Entwicklungspfad durch umweltfreundliche technische Innovationen fortführen, die anderen halten einen umweltgerechten Umbau der Wirtschaftsstrukturen für notwendig. Immer geht es in der Auseinandersetzung um eine nachhaltige Stadtentwicklung aber um den Umbau von Gebäuden und öffentlichen Infrastrukturen und nicht um die in sie eingeschriebenen und durch sie reproduzierten sozialen Verhältnisse. Mit dem Ideal der nachhaltigen Stadt wird das Gegenbild zu einer wuchernden Stadt mit einem hohen Ressourcenverbrauch entworfen. Diese Stadt hat eine kompakte Form mit räumlicher Nähe unterschiedlicher städtischer Funktionen (Arbeit, Versorgung, Freizeit, Bildung, Verwaltung), was zu Verkehrsvermeidung und reduziertem

Flächenverbrauch führen soll und damit zu verringerten Kohlenstoffemissionen.

Bei dieser für den Klimawandel positiven Bewertung wird außer Acht gelassen, dass das individuelle Mobilitätsverhalten keineswegs nur als Folge baulich-funktionaler Strukturen zu interpretieren ist. Auch ist durch nachhaltige Stadtstrukturen noch nicht sichergestellt, dass sich Konsummuster verändern, die auf externalisierten Umweltkosten globaler Produktionsketten basieren. Das Leitbild der kompakten Stadt wird aktuell in seiner Stilisierung als Allheilmittel für praktisch jede sozialökologisch relevante Problemstellung nicht nur grandios überstrapaziert. So soll die kompakte, flächeneffiziente Stadt vor allem über Nachverdichtungen der Innenstädte realisiert werden, indem Baulücken geschlossen und Dachgeschosse ausgebaut werden. Diese sogenannte Revitalisierung der Innenstädte als Beitrag zu einer umweltgerechten Stadtentwicklung (weniger Flächenverbrauch und Kohlenstoffemissionen) hat ganz offensichtlich auch Verdrängungseffekte zur Folge, da innerstädtischer Wohnraum nun immer teurer wird und soziale Nischen bereinigt werden (vgl. Holm 2011).

Die Fokussierung auf nachhaltige bauliche Infrastrukturen verhindert darüber hinaus eine dringend notwendige Öffnung der Diskussion und die Suche nach alternativen Szenarien für die Zukunft der Städte (vgl. Bauriedl u. a. 2008). Lokale Reduktionsziele sind nur dann sinnvoll, wenn sie eingebettet werden in eine umfassende politische und gesellschaftliche Debatte über Lebensstile, Konsummuster, Lebensstandards und Mobilitätsmuster, die auch Nutzungskonflikte konkret macht und die Effekte geschlechtlicher Arbeitsteilung berücksichtigt.

### 3.2 Geschlechterverhältnisse und Nutzungsmuster der Stadt

Stadtstrukturen und Geschlechterverhältnisse bedingen sich wechselseitig. Geschlechtliche Arbeitsteilung findet sich in der raumzeitlichen Organisation von Städten wieder, wird in diese eingeschrieben und durch diese materialisiert. Die funktionsräumliche Organisation von Städten hat wiederum enormen Einfluss auf Formen der Produktion, Reproduktion und Sorgeökonomie. Eine feministische Kritik an Stadtpolitik und Stadtplanung richtet sich explizit gegen die Disziplinierung von Frauen durch ihren Ausschluss aus Teilen des öffentlichen Raums und die Zuweisung von geschlechtsspezifischen Orten der Reproduktionsarbeit.

Seit der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts wurde in europäischen und nordamerikanischen Städten das produzierende Gewerbe mit seinen Umweltbelastungen meist außerhalb der Wohngebiete angesiedelt. Mit dieser funktionsräumlichen Trennung, die nicht zuletzt die Wohn- und Lebensqualität verbessern sollte, ging auch eine Trennung der Orte der Produktion und Reproduktion einher und durch die Verlagerung reproduktiver Arbeit in die private Sphäre auch eine räumliche und soziale Isolierung von Frauen. Verstärkt wurde diese sozialräumliche Segregation mit dem in den 1950er Jahren einsetzenden Suburbanisierungstrend, der die Möglichkeiten der raumzeitlichen Organisation und der Alltagsgestaltung für Frauen weiter einschränkte. Einzelhandels- und Dienstleistungsunternehmen erkannten die in der Regel gut ausgebildeten Frauen, die am Stadtrand leben, als «unternutzte Humanressource», woraufhin immer mehr Einkaufszentren

und Betriebe mit Niedriglohnjobs dort angesiedelt wurden und der Wohnsuburbanisierung eine Suburbanisierung des Einzelhandels- und Dienstleistungssektors folgte. Vor allem Call Center und ähnliche Dienstleister haben explizit Jobs für Frauen angeboten, die im näheren Wohnumfeld eine Halbtagsstelle als Zuverdienerinnen suchten. Somit wurde das heteronormative Familienideal der Vorstädte ökonomisch genutzt und sozial manifestiert.

Wie sehr die Stadtplanung androzentrisch geprägt ist – also die Alltagswelt von vollerwerbstätigen Männern, die sich mit Pkw durch die Gegend bewegen, zur Norm erhebt – zeigt sich nicht nur in der Gestaltung der Eigenheimvorstädte, sondern auch in den Großwohnungssiedlungen und Verkehrsinfrastrukturen (Gretschel/Fleischmann 2008). Frauen, Kinder, alte Menschen – und unqualifizierte oder arbeitslose Männer – sind meist nicht die primäre Zielgruppe von Stadtplanung. Das zeigt sich nicht zuletzt am Begriff der «Schlafstadt» als Metapher für Großwohnsiedlungen. Man geht von Vollerwerbstätigen mit Normalarbeitszeiten aus, die sich dort nur zum Schlafen aufhalten. Für Menschen, die dort den ganzen Tag verbringen und zum Beispiel Sorgearbeit leisten, ist die Schlafstadt offensichtlich nicht geplant.

Auch Ansätze einer geschlechtergerechten Planung sind oftmals noch dualistischen Geschlechtermodellen verhaftet. So berücksichtigen sie manchmal ausschließlich Mütter, die reproduktive Tätigkeiten ausüben oder Sorgeleistungen als Zusatzarbeit übernehmen und entsprechende Nutzungsansprüche an ihr Wohnumfeld haben. Die Frage lautet dann: Wie kann Stadtplanung Frauen die

Realisierung all dieser Aufgaben erleichtern? Die Antwort lautet in der Regel Barrierefreiheit, eine Stadt der kurzen Wege und die Beseitigung von sogenannten Angsträumen. Frauen soll auf diese Weise die Bewältigung und Verknüpfung von Haushaltsaufgaben, Erwerbstätigkeit, Kinderversorgung, Einkauf und Freizeit erleichtert werden. Planung wird hier entlang von Geschlechterrollen gedacht, nicht entlang von Handlungsoptionen oder gar emanzipatorischen Potenzialen und gesellschaftlicher Transformation.

Seit den 1990er Jahren wird in der Stadtplanung die «grüne Stadt der kurzen Wege» als Leitbild einer nachhaltigen Stadtentwicklung propagiert. Es soll die Funktionstrennung der fordistischen Stadt teilweise rückgängig machen und einen urbanen Lebensstil mit weniger Automobilität befördern. Damit sollen Städte auch wieder attraktiv für Familien werden. Der gegenwärtige Trend der Reurbanisierung kann daher auch als Ausdruck des Aufbrechens überkommener geschlechtlicher Rollenmuster und Lebensentwürfe von Frauen betrachtet werden, da er die Chance für veränderte Arbeitsverhältnisse und Raumnutzungsmuster bietet (Frank 2010). Hieraus könnten sich auch neue Möglichkeiten der Verknüpfung von Sorge- und Lohnarbeit ergeben, die im Rahmen traditioneller Arbeitsteilung vor allem für Frauen von Interesse sind. Inwieweit dieser Trend einer steigenden Nachfrage innerstädtischen Wohnraums emanzipatorische Potenziale bietet, hängt nicht zuletzt damit zusammen, wie sich Angebotsstrukturen des Immobilienmarktes entwickeln werden und der öffentliche Raum in Zukunft gestaltet wird.

### 3.3 Unternehmerische Stadt im internationalen Wettbewerb

Vornehmliche Aufgabe von Stadtpolitik ist es, sich um die Daseinsvorsorge der Bevölkerung in Form von Wohnraum, städtischer Infrastruktur und sozialen Diensten zu kümmern. Diese Aufgabe wurde von den meisten Stadtregierungen ab den 1980er Jahren im Kontext der Globalisierung und des Legitimitätsverlustes wohlfahrtsstaatlichen Handelns umgedeutet. Sie ziehen sich immer mehr aus ihrer Verantwortung für die Daseinsvorsorge zurück und übertragen ausgewählte Dienstleistungen an private Unternehmen. Die Stadt selbst soll wie ein Unternehmen nach den Regeln des Marktes organisiert und geführt werden (Harvey 1989). Ein zentrales Element dieser unternehmerischen Stadtpolitik ist der Versuch, die Stadt im Konkurrenzkampf um Investoren, Arbeitskräfte, Kulturschaffende, nationale Fördermittel sowie finanzielle, administrative und informationelle Kontroll- und Befehlsfunktionen möglichst gut zu positionieren. Es sollen harte Standortfaktoren (Grundstückspreise, Ausbildungsniveau, Verkehrsanbindung, Nähe zu Absatzmärkten, Steuern, Subventionen) und weiche Standortfaktoren (Wirtschaftsklima, Sozialniveau, Freizeitangebote) gestärkt werden, um auf dem internationalen Immobilienmarkt und in einer globalisierten Ökonomie bestehen zu können (Heeg/Rosol 2007: 493).

Die Zielsetzung von Stadtpolitik wurde damit im Sinne einer lokalen Wirtschaftspolitik komplett reformuliert. Damit wird nicht nur die Bereitstellung von Gewerbeflächen und Bürostandorten zur primären Aufgabe von Stadtentwicklungspolitik, sondern auch die Verbesserung der Wohnumfeldqualität in Stadtteilen,

die von hochqualifizierten Arbeitnehmer\_innen bevorzugt werden. Die Fürsorgepflicht des Wohlfahrtsstaates für die vier A (Arme, Alte, Arbeitslose und Ausländer) wird auf eine Minimalversorgung reduziert. Jetzt gilt es, die Ideale von Richard Floridas «kreativer Stadt» umzusetzen und die drei T (Technologie, Talente und Toleranz) zu fördern, um eine Stadt zu kreieren, die den Ansprüchen internationaler *player* genügt. Auf diese Weise nehmen die sozioökonomischen Disparitäten innerhalb und zwischen (Groß-)Städten zu.

Die Orientierungsgröße des Wettbewerbs der Städte sind nationale und internationale Rankings, die regelmäßig von Unternehmensberatungen (z. B. Roland Berger) durchgeführt und medienwirksam präsentiert werden (z. B. in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung). Um in eine Topposition zu gelangen, werden ein paar Kitaplätze mehr geschaffen (der Indikator Talente verlangt nach einer Integration hoch qualifizierter Frauen in den Arbeitsmarkt) oder es wird eine Homo-Demo gefördert (bringt Punkte für den Indikator Toleranz). Städterankings re-präsentieren die Außenorientierung lokaler Politik. Die Erfolgskriterien der Stadtentwicklung werden nach dem Maßstab internationaler marktwirtschaftlicher Ideologie definiert. Die Interessen der ansässigen Stadtbewohner\_innen sowie Gerechtigkeits- und Umverteilungserwägungen treten dabei in den Hintergrund. Auch das Ideal einer nachhaltigen und klimagerechten Stadt wird zum außenorientierten Imagefaktor, der bei internationalen Immobilienmessen, Wettbewerben um die Austragung der Olympischen Spiele oder bei der jährlich prämierten europäischen «Green Capital» zum Einsatz kommt.



Die Besserverdienenden, die im größeren Umfang Einkommens- und Gewerbesteuer an die Kommune abführen, sollen sich nicht abgewiesen fühlen durch ein wohlfahrtstaatliches Engagement für arme Bevölkerungsgruppen. Die Verdrängung einkommensschwacher Gruppen ist nicht nur der Nebeneffekt der unternehmerischen Stadt, sondern deren Ziel (Ronneberger u. a. 1999: 76). Kommunalpolitiker\_innen legitimieren die Vernachlässigung der Daseinsvorsorge mit Haushaltsproblemen, denen nur mit Einsparungen im Sozialbereich und der Förderung von Unternehmensansiedlungen zu begegnen sei. Auch wenn London und Los Angeles immer wieder als Prototypen beschrieben werden, zeigt sich diese Form neoliberaler Stadtpolitik in allen Regionen der Welt – wenn auch in unterschiedlich radikaler Form. Sie kann seit den 1980er Jahren in europäischen, nordamerikanischen und australischen Großstädten und seit den 2000er Jahren auch in osteuropäischen und lateinamerikanischen Großstädten beobachtet werden. In Megastädten kolonial geprägter Länder verschärfen sich die sozialen Verhältnisse zwischen den Besitzenden und Besitzlosen in besonderem Maße und in extremster Form für die Menschen, die ein permanent unsicheres Leben in informellen Siedlungen führen müssen.

Weniger staatlich betriebene Umverteilung geht einher mit der Kommodifizierung von bisher nicht marktwirtschaftlich integrierten Teilen der Stadt. Ein wesentlicher Aspekt der unternehmerischen Stadt ist die Privatisierung von Gemeinschaftsgütern (z. B. Trinkwasser) und von kommunalen Infrastrukturen, die durch die Stadtbewohner\_innen zuvor finanziert wurden (z. B. Strom- und Gasver-

sorgung, Abfallentsorgung, Verkehrsbetriebe, Wohnungsbauunternehmen). Davon betroffen sind auch öffentliche Räume, der Kulturbetrieb und die Freizeitgestaltung, die immer mehr der Profitmaximierung und dem Konsumzwang unterworfen werden. Die Qualitäten des städtischen Lebens wie auch die Stadt selbst sind zu einer Ware geworden. Die Einflussmöglichkeiten demokratisch legitimierter Stadtpolitik sind im Rahmen wettbewerbsorientierter und privatwirtschaftlich organisierter Stadtplanung extrem eingeschränkt worden. Die Zielsetzungen einer emanzipatorischen sozialökologischen Transformation können kaum noch über die Stadtparlamente verhandelt werden, nachdem viele Bereiche und Aufgaben privatisiert worden sind. Die Kämpfe um eine Rekommunalisierung städtischer Infrastrukturen zielen genau auf die Rückgewinnung von Entscheidungsmacht und auf die Kontrolle über die Daseinsvorsorge der Stadt.

Die Impulse werden aber nicht nur innerhalb der Städte gesetzt, sondern durch internationale Großunternehmen. Der Bauboom in Städten mit großer Wohnraumnachfrage wird primär von internationalen Immobilienkonzernen getragen und ganz wesentlich über Immobilienfonds oder den Kapitalüberschuss von Renten- und Lebensversicherungen finanziert. Der Anteil von Wohnungsbau-genossenschaften am Wohnungsmarkt (der in einigen deutschen Großstädten immer noch über 25 Prozent liegt) bleibt in der Regel konstant. Kommunale Wohnungsgesellschaften sind jedoch in einigen Städten im großen Maßstab privatisiert worden, womit man die Bewohner\_innen der Marktlogik und den Interessen der Großimmobilienbesitzer überlassen hat. Die Folgen dieser Prakti-

ken haben sich in den letzten Jahren unter anderem in voller Härte in Dresden gezeigt, wo 150.000 städtische Wohnungen an die GAGFAH Group verkauft wurden.

Momentan liegt das «Recht auf Stadt» zunehmend in den Händen privatwirtschaftlicher Akteure (Harvey 2013: 38). Demgegenüber formieren sich in vielen Städten politische Bündnisse und soziale Bewegungen, die diesen Slogan als Recht auf Zugang und Mitgestaltung verstehen und als Recht, nicht in einen Raum abgedrängt zu werden, der mit Diskriminierung verbunden ist. Strategien dieser Gegner\_innen einer neoliberalen Stadtpolitik sind Aufklärung, Solidarisierung und Widerstand mit dem Ziel einer Vergesellschaftung von Wohnraum, zum Beispiel durch die Überführung von kommunalen Wohnungen in genossenschaftliche Strukturen, einer Dekommodifizierung des öffentlichen Raums und städtischer Natur sowie der Demokratisierung stadtpolitischer Entscheidungsprozesse (Harvey 2013).

Orientiert sich städtische Politik an einer ökonomischen Verwertungslogik, dann bewegt sie sich immer im Spannungsverhältnis zwischen städtischer Aufwertung und sozialer Ausgrenzung, zwischen ökonomischer Wertschöpfung und kultureller Abschöpfung sowie zwischen Imagepolitik und behutsamer Quartiersentwicklung. In welche Richtung das Pendel ausschlägt, ist gerade sowohl in deutschen Großstädten wie Berlin, Frankfurt am Main, München oder Hamburg zu beobachten als auch in Tokyo, Jakarta, Shanghai, Karachi, Delhi oder Sao Paulo – den aktuell urbansten und am rasantesten wachsenden Stadtregionen der Welt. All diese Städte sind geprägt von Konflikten um öffentlichen

Raum, bezahlbare Wohnungen, Zugang zu Versorgungsinfrastruktur, Umweltgerechtigkeit, Segregation, Vorstellungen vom guten Leben in der Stadt sowie um kulturelle und politische Teilhabe (Huffschmid/Wildner 2013).

Für den Prozess des Austausches sozialer Statusgruppen in einzelnen Stadtteilen infolge ökonomischer Aufwertung hat sich in den letzten Jahren der Begriff Gentrifizierung etabliert (Kennedy/Leonard 2001: 5). Ausgangspunkte dieses Prozesses sind veränderte Wohnumfeldansprüche der Mittelschicht (nachfrageorientierte Gentrifizierung) und eine hohe Renditeaussicht für Immobilieneigentümer durch Modernisierungen und den Neubau von Wohnraum (angebotsorientierte Gentrifizierung). Gentrifizierung hat regional unterschiedliche Gesichter. In lateinamerikanischen, afrikanischen oder asiatischen Mega-Cities werden in der Regel mittels staatlicher Intervention Stadtteile, die von Armen bewohnt werden, gezielt aufgewertet. In diesen Räumen ist weniger Widerstand gegen Enteignungen zu erwarten, da die Bewohner\_innen in der Regel keinen Eigentumsanspruch auf das von ihnen genutzte Land haben. Auf diese Weise können Arme und Marginalisierte relativ einfach an die Ränder gedrängt und im Innern der Stadt unsichtbar gemacht werden. Von Verdrängung betroffen sind nicht nur Bewohner\_innen ohne legalen Eigentums- und Landtitel, sondern auch informell Arbeitende und Kleinhändlerinnen durch die Ansiedlung von Supermärkten oder Handelsketten. Die neoliberale Umgestaltung von Stadtstruktur und -gesellschaft hat in lateinamerikanischen und afrikanischen Megastädten eine verschärfte räumliche Fragmentierung und soziale Segregation hervorge-

bracht, die sich in ihren Extremen auf der einen Seite in wachsenden Slums und Favelas und auf der anderen Seite in «Gated Communities» materialisiert.

Die emanzipatorischen Potenziale einer sozialökologischen Transformation städtischer Infrastrukturen werden ganz wesentlich durch die Verfügungsmacht über Flächen und Wohnraum sowie über den Zugang zu öffentlichem Raum und Grünflächen bestimmt. Die Marktlogik einer hochpreisigen Vermarktung von Grundstücken und Wohnungen und die zunehmende Konkurrenz kommunaler, genossenschaftlicher und privater Investoren um Grundstücke werden zu einer extremen sozialräumlichen Entmischung der Städte führen. Innerstädtische Räume werden demnächst vor allem von einkommensstarken Singles, Doppelverdienerpaaren oder wohlhabenden Kleinfamilien bewohnt werden,

die einen exklusiven Anspruch an den öffentlichen Raum haben und kaum noch Platz lassen für alternative Lebensentwürfe und Wohnformen. Nichtkonforme Lebensweisen außerhalb heteronormativer Strukturen müssen neue Nischen finden. Vielerorts zeigt sich seit einigen Jahren, dass ehemals sozial und kulturell recht gemischte Quartiere (z. B. Berlin-Prenzlauer Berg, Hamburg-St. Pauli) durch eine Umgestaltung des öffentlichen Raums und die Verdrängung sozialer Randgruppen zu familienfreundlichen Gebieten umgestaltet werden. Zu den stadtplanerischen Vorstellungen von Familienfreundlichkeit gehört wie seit Jahrzehnten die Gestaltung von Spielflächen mit Sitzgelegenheiten, Verkehrsberuhigung oder die Beseitigung uneinsehbarer Grünflächen, also alles Maßnahmen und Eingriffe, die auf Sorgearbeit leistende Frauen mit Kindern zielen.

## 4 BIOÖKONOMIK: KÖRPER ALS UMKÄMPFTE RESSOURCE

Feministische politische Ökologie versteht den Körper als die unmittelbarste Natur und Umwelt des Menschen. Er macht unmittelbar erfahrbar, dass Natur, gesellschaftliche Naturverhältnisse, Geschlecht und andere Faktoren wie Alter oder Ethnizität sozial konstruiert sind. Der Zusammenhang und die Wechselwirkung verschiedener sozialer und natürlicher Umwelten werden im Körper als untrennbares Ganzes ge- und erlebt (Harcourt 2010). Eine zentrale Frage ist immer, wer welche Definitions- und Normierungsmacht über individuelle und soziale Körper hat. Biopolitische und bevölkerungspolitische Normen von «über» und «unter», von «zu viel» und «zu wenig» in spezifischen ländlichen und urbanen Räumen wie auch ästhetische Normen von Schönheit und Fitness verweisen auf die diskursive Macht bestimmter Akteure, zu definieren, zu werten und zu selektieren.

In aktuellen öffentlichen Diskursen verweisen die Kontroversen um gewaltförmige Eingriffe in die Körperlichkeit und ihre Veränderung – wie Beschneidung von Männern, Brustamputation aus Angst vor Krebs, Geschlechtsumwandlungen nicht nur in westlichen Kulturen, brutalste sexualisierte Gewalt in Indien – auf widersprüchliche Umgangs- und Zugriffswesen auf Körper zwischen Selbstbestimmung und Unterwerfung. Im Folgenden wird gezeigt, wie Körper in jüngster Vergangenheit sowohl zu Objekten vielfältiger Inwertsetzung, aber auch zu einem materiellen und symbolischen Ort von zunehmender Selbstbestimmung und Subjektkonstruktionen geworden sind. Das Thema Körper wird hier

auch als Fallbeispiel aufgenommen, weil aus linker Perspektive erhebliche Defizite in der Auseinandersetzung mit diesen aktuellen Tendenzen bestehen.

Aus Transgender- und intersexueller Emanzipationsperspektive sowie für ästhetische Identitätsstrategien und Reproduktionsbedürfnisse stellt der Körper keine unveränderbare Entität mehr dar. Immer vielfältigere individuelle Bedürfnisse und Gestaltungswünsche gegenüber Körper, Sexualität und Fortpflanzung und der rasante Fortschritt von Medizin, Biowissenschaften und Reproduktionstechnologien treiben sich wechselseitig voran. Vermittelt werden diese Dynamiken zum einen durch Bevölkerungs- und Biopolitik, zum anderen durch Körper- und reproduktionsbezogene Märkte. In der Bioökonomie, die Susanne Lettow (2012) die «Bewirtschaftung der Körper» nennt, kommt es zu einer Überlagerung verschiedener Herrschafts- und Zwangsregime, für die in extrem widersprüchlicher Dynamik individuelle Selbstbestimmung und Befreiung, die Sorge um Gesundheit sowie ökonomische Verwertungsinteressen zentrale Referenzpunkte sind. Die Legitimation der Bioökonomie durch den Topos der Selbstbestimmung über Körper hat ihre Entsprechung in der derzeitigen Vermarktlichung und Finanzialisierung von Natur, die mit dem Topos des Schutzes gerechtfertigt wird.

### 4.1 Zwischen Recht, sozialer Norm und technischer Machbarkeit

Der weibliche Körper als «natürliche» und Leben schaffende Kraft war der zentrale Referenzpunkt für den Ökofeminis-

mus der 1980er Jahre. Darauf gründete die essentialistische Vorstellungen einer besonderen Naturnähe von Frauen wie auch die Verwobenheit allen Lebens (*web of life*). Ausgehend von der Hierarchisierung und dem Dualismus von Frau/Gefühl/Natur versus Mann/Vernunft/Kultur in der westlichen Philosophie und Wissenschaft stellten ökofeministische Ansätze eine Analogie zwischen der Unterwerfung von Frauen und Natur her. Analog zur gewaltförmigen Zerlegung und Beherrschung der Natur durch die experimentelle Naturwissenschaft wurden Körper, Sexualität und Gebärfähigkeit von Frauen durch die Inquisition und Hexenfolter unterworfen und diszipliniert (Merchant 1987). Die Entmachtung dieser starken und oft rebellischen Frauen war Teil der ursprünglichen Akkumulation im Frühkapitalismus (Federici 2012). Auf dieser Grundlage entwickelten Ökofeministinnen eine prinzipielle Modernisierungsskepsis, eine Kritik an modernen Naturwissenschaften und Technologien sowie am Glauben von Beherrschbarkeit und Machbarkeit von Natur und Leben, die das Erfahrungs- und Gesundheitswissen von Frauen über ihre Körper und die Natur entwerteten und verdrängten. Die Rundum-Medikalisierung von Körper, Gesundheit und Fortpflanzung, die durch die rasante Technologieentwicklung in der Reproduktionsmedizin und in der Pharmaindustrie vorangetrieben wurde, kritisierten Ökofeministinnen als weitere patriarchale Regulierung und Inkontrollnahme weiblicher Körper. Tatsächlich erzeugen die Medizin- und Technikentwicklung und die Genomforschung immer mehr die Illusion von der qualitativen und quantitativen Planbarkeit von Leben, Fortpflanzung und Körper. Die technische Machbarkeit be-

stimmt soziale Normen und individuelle Wünsche, organisiert das Körperbewusstsein neu und konstruiert neue Ideale und neue Optionen von weiblichen und männlichen Körpern, indem es zum Beispiel die chirurgische Intervention bei Transsexualität erlaubt. Pränatale Diagnostik und Chirurgie und Präimplantationsdiagnostik zeigen, wie die Normierung von Körper und Leben bereits vor der Geburt greift und reguliert.

Zudem schafft sich diese Normierung auch immer neue industrielle Verwertungszusammenhänge, von der Fitnessindustrie über Dopingpraktiken von Spitzensportler\_innen und anderen Leistungsträger\_innen bis hin zur kosmetischen Chirurgie. Gesundheit, Wellness und Schönheit sind Konsumgüter, um die sich höchst profitable Märkte mit neuen touristisch organisierten Zentren in Ländern des globalen Südens wie Thailand, Indien und Südafrika entwickelt haben. Diese Industrien schaffen ständig neue Bedürfnisse, die die Regulierung des eigenen Körpers vorantreiben, gleichzeitig aber als Befreiung von den Zwängen der eigenen Natur wahrgenommen werden. In der Gestaltung des Körpers manifestieren sich einerseits paradigmatisch individuelle Wahlfreiheiten und Selbstbestimmung als Repräsentation des Selbst, andererseits gehört die Optimierung des eigenen Körpers in der neoliberalen Wettbewerbsgesellschaft zur Strategie der Selbstvermarktung. Es entsteht ein konsumeristisches, warenförmiges Verhältnis zum eigenen Körper, in den investiert wird, um seinen Wert zu erhöhen.

Sich von der Ausgeliefertheit an den eigenen Körper zu befreien, ist nicht nur ein Wunsch der westlichen Moderne, sondern auch Modernisierungselement

in den leistungsbesessenen Schwellenländern im globalen Süden, allen voran Südkorea und China. Dort sind in den Städten kosmetisch-chirurgische Korrekturen vor Bewerbungsgesprächen bei Frauen Normalität. Die Optimierung des eigenen Körpers, einschließlich der Sexualorgane, entsprechend der gerade aktuellen hegemonialen Ästhetik und soziokulturellen Normierung geht mit einer Resexualisierung von Körpern einher. So werden Mädchen bereits ab drei Jahren nach entsprechenden Vorbildern (Disneys Princess oder Prinzessin Lillifee; «pink» = feminin = weiblich) sexualisiert geformt. TV-Casting und Topmodel-Shows dienen dem seriellen Einüben von Normen und schüren die Konkurrenz sowie die Unzufriedenheit mit dem eigenen (nicht perfekten) Körper. Diese Unzufriedenheit weckt den Wunsch nach Korrektur und Optimierung durch die Schönheitsindustrie.

Hier stellt sich nun wieder einmal die höchst politische Frage nach der Definitionsmacht in Bezug auf Bedürfnisse und Normen und nach «falschen», manipulativ und fremdgesteuert erzeugten und «richtigen» Bedürfnissen. Konsumverzichts- und Konsumbefreiungsdebatten haben jedoch gezeigt, dass eine Verdammung von «falschen» Bedürfnissen wenig zweckdienlich ist, sondern vielmehr Herrschaftskritik mit dem Aufbau individueller und kollektiver Handlungs-, Widerstands- und Veränderungsmacht verknüpft werden muss, damit Bedürfnisse sich verändern, und zwar in Richtung einer emanzipatorischen Transformation. Zwar gehört die Befreiung von durch die Natur auferlegten Zwängen zunehmend zum gesellschaftlich hegemonialen Reproduktionsmodus mit unterschiedlichen Ausprägungen, je nach

sozialer Situation, Kultur und Geschlecht (McRobbie 2010). Gleichzeitig formiert sich aber auch Widerstand gegen die darin enthaltene Fremdbestimmung zum Beispiel in der Pink-Stinks-Bewegung, in der sich vor allem Mütter gegen die konzern- und mediengesteuerten Zurichtungen ihrer Töchter wenden.

#### 4.2 Der weibliche Körper als Austragungsort von Bevölkerungskontrolle

Auch im Spannungsfeld zwischen Kinderwunsch und Bevölkerungskontrolle hat mit dem Aufkommen der Reproduktionstechnologien und -industrien die Vermarktlichung (Polanyi) oder Landnahme (Dörre) von Fortpflanzung als etwas, das lange Zeit außerhalb des Marktes lag, einen außerordentlichen Schub erhalten.

Der weibliche Körper, Sexualität und Gebärfähigkeit gerieten in den 1980er Jahre in das Zentrum von Nachhaltigkeitsdiskursen, weil mit einem neomalthusianischen Duktus hohe Geburtenraten und Bevölkerungswachstum alarmistisch als «Überbevölkerung» und als Ursache für Armut und Umweltzerstörung im globalen Süden konstruiert wurden. Dort wurde die angestrebte Bevölkerungskontrolle häufig mit Zwangsmaßnahmen und Gewalt durchgesetzt, die – wie auch die Entwicklung von Kontrazeptiva – meist auf weibliche Körper gerichtet waren und dabei rassistischen, sexistischen und sozialen Selektionsmechanismen gehorchten. In Indien kostete der Versuch, Männer zu sterilisieren, Indira Gandhi in den 1970er Jahren die Regierungsmacht. Sie scheiterte an den soziokulturellen Normen des indischen Patriarchats.

Der demografisch motivierten quantitativen und qualitativen Regulierungen von Sexualität und Körpern setzten Frauenorganisationen auf der Weltbevölkerungs-

konferenz 1994 in Kairo das Konzept reproduktiver und sexueller Rechte entgegen. Es schließt Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit, Gewaltfreiheit und Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung ein. Die UN-Konferenz in Kairo 1994 nahm dieses Paradigma auf, lehnte staatliche Zwangsmaßnahmen als Menschenrechtsverletzung ab und sprach Frauen ein Recht auf Verhütung zu. Den impliziten liberalen Selbstbestimmungsansatz des Rechtskonzepts wendete sie jedoch neoliberal in eine Eigenverantwortlichkeit der Einzelnen für ihre reproduktive Gesundheit und für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung. Ein im Markt sinne rationales Fortpflanzungsverhalten, gekennzeichnet durch die Nutzung aller verfügbaren technischen Mittel und Verfahren, überträgt das ökonomische Effizienzprinzip auf die Körper und Sexualität. Nur ein solch rationales Verhalten soll Individuen befähigen, als Homo oeconomicus, als zivilisiertes verantwortliches Marktsubjekt zu agieren. Susanne Schultz (2003) hat nachdrücklich auf die Funktionalität dieses Konzepts im Kontext neoliberaler Gesundheits- und Sozialreformen und auf die Verlagerung der äußeren Regulierung ins Innere der Individuen, in ihr Verhalten und ihre Körper hingewiesen. Der Konsens von Kairo steht damit für die fatale Konvergenz von feministisch-emanzipatorischen und neoliberalen Zielen. Im Nachhinein wird feministischen Gesundheitsorganisationen aus dem globalen Norden zu Recht der Vorwurf gemacht, die Widersprüchlichkeit von individuellen Frauenrechten und Entscheidungsfreiheit einerseits und neoliberalen und antinatalistischen Politiken andererseits zugelassen beziehungsweise ignoriert zu haben.

Das Cafeteria-Modell einer Angebotsvielfalt von oft invasiven Verhütungsmitteln, das wachsende reproduktionstechnologische Angebot und das erklärte gesundheitspolitische Hauptziel, die Müttersterblichkeit zu reduzieren, das als Millennium-Entwicklungsziel festgeschrieben ist – all dies nimmt die Bedürfnisse, Rechte und Wahlfreiheit der einzelnen Frauen als Referenzpunkt und scheint eine Abkehr von einer quantitativ-demografischen Politik darzustellen. Nach der Kairo-Konferenz verdrängte ein Diskurs über individuelle Risiken den naturalisierenden Diskurs über Bevölkerungsexplosion und Überbevölkerung und stellte den Körper von Frauen und die Sorge um ihre Gesundheit ins Zentrum. Schutz und Sorge legitimieren wie beim Naturschutz die damit verbundenen Praktiken der Medikalisierung und Ökonomisierung. Frauen werden als Verletzliche und Kranke zu einer wichtigen Zielgruppe, Schwangerschaft und Geburt werden als Risiken definiert. Dass dies im globalen Süden unter neoliberalen Vorzeichen der Finanzmarktinklusion geschieht, zeigte zum Beispiel die im Jahr 2010 in Kenia eingeführte «Medical Smart Card», mit deren Hilfe Frauen sparen oder auch Kleinkredite aufnehmen können, um Schwangerenvorsorge oder eine Entbindung im Krankenhaus, das heißt ihr Recht auf reproduktive Gesundheit, selbst finanzieren zu können. Zeitgleich verhinderten reaktionäre Kirchenleute die Legalisierung von Abtreibungen und die Verabschiedung eines Gesetzes zur Stärkung sexueller und reproduktiver Rechte für Frauen.

Gesundheitsvorsorge ist eine wirkmächtige Legitimation von Biopolitiken, die soziokulturelle Normen, Menschenrechte und demografische Steuerung zuein-

ander vermitteln wollen. In Indien wurde die kleinfamiliale Norm (*small family = happy family*) mit einem ausgetüftelten Bonus- und Sanktionssystem für alle Beteiligten und mit medizinischen Eingriffen in die Frauenkörper (Tubenligaturen, Durchtrennung der Eileiter) durchgesetzt. Nachdem durch den Tsunami 2004 jedoch viele Paare ihre Kinder verloren hatten, bot die Regierung aufgrund starken öffentlichen Drucks den Frauen an, die Tubenligatur operativ wieder rückgängig zu machen. Der medizintechnische Fortschritt normalisiert somit Eingriffe in Körper und Fortpflanzung und die (Um-)Gestaltbarkeit von Körper und Natur.

Gleichzeitig leben auch in aktuellen Nachhaltigkeitsdiskursen neomalthusianische Ansätze mit alten Forderungen nach Bevölkerungskontrolle wieder auf. Frauenrechts- und Gesundheitsorganisationen befürchten, dass 2014 bei der Kairo+20-Rückblick-Veranstaltung in New York sexuelle und reproduktive Rechte höchst umkämpft sein werden. Die Angriffe kommen sowohl aus religiösen und wertkonservativen Kreisen als auch von Vertreter\_innen neoliberaler und neomalthusianischer Positionen. Gerade in jüngster Zeit haben verschiedene neokonservative und fundamentalistische Kräfte, einschließlich international agierender Lebensschützer\_innen, durch eine Reorganisation und ein zunehmend forsches Auftreten in der Öffentlichkeit auf sich aufmerksam gemacht. Bei UN-Verhandlungen torpedieren und unterminieren sie sexuelle und reproduktive Rechte im Namen eines heteronormativen Familienmodells. Sie idealisieren Mutterschaft und lehnen Abtreibung sowie die Sexualaufklärung von Jugendlichen ab. Auf der Rio+20-Konferenz 2012

ist es ihnen beispielsweise gelungen zu verhindern, dass reproduktive und sexuelle Rechte in der Abschlusserklärung benannt wurden.

### 4.3 Biopolitik, reproduktionsindustrieller Komplex, Biokapitalismus

Gleichzeitig legitimiert das Leiden unter dem unerfüllten Kinderwunsch beziehungsweise der selektive Kinderwunsch (nämlich nach Söhnen wie zum Beispiel in Süd- und Ostasien) die rasche Ausbreitung von Reproduktionstechnologien und -märkten. Die Reproduktionsmedizin, die technische Lösungsangebote für den Geburtenrückgang im globalen Norden anbietet, erweitert somit die Möglichkeiten der Biopolitik, den «Bevölkerungskörper» zu gestalten, und die individuellen Freiheiten, sich den Kinderwunsch zu erfüllen (Feyerabend 2010). Durch die fortschreitende Inwertsetzung von Körpern, Fortpflanzung und Leben ist aus Biopolitik längst eine Bioökonomie geworden, die sich über den Kinderwunsch als anthropologische Konstante legitimiert. Ökonomisierung der Reproduktion bedeutet in diesem Zusammenhang, dass Körperteile und -substanzen wie auch einzelne Schritte der Lebensproduktion auf dem Markt verfügbar gemacht werden (Lettow 2012). Aus der Perspektive der Kinderwünschenden geht es um eine «Normalisierung» von «assistierenden» Reproduktionstechnologien, das heißt um eine Legalisierung und Transnationalisierung von Regimen des «making bodies, persons and families» und um die Befreiung von alten Natur-Kultur-Normen (Jong/Tkach 2009). Seit der Geburt des ersten Retortenbabys 1978 hat sich eine transnationale Reproduktionsindustrie auf der Grundlage «assistierender Technologien» herausgebil-



det, um die ungewollte Kinderlosigkeit von heterosexuellen Paaren, aber zunehmend auch den Kinderwunsch von homosexuellen und «genetisch riskanten» Paaren und Singles zu befriedigen. Diese industrialisierten Reproduktionsangebote werden inzwischen nicht nur im globalen Norden, sondern auch im globalen Süden wahrgenommen. Dazu wurde eine privatwirtschaftlich organisierte Infrastruktur für Fortpflanzungsbehandlung und In-vitro-Fertilisation aufgebaut sowie Zentren für reproduktive Dienstleistungen wie Leihmutterschaft, das heißt das Austragen und Gebären eines implantierten Embryos durch eine für die Schwangerschaft, das Gebären und normalerweise für zweiwöchiges Stillen bezahlten Frau.<sup>6</sup> Dazu gehören auch bioindustrielle Wertschöpfungsketten für die Zulieferung der notwendigen Ressourcen, nämlich von Eizellen, Oozyten (unfertilisierte Eier aus der Petrischale) und Samen, deren Kauf und Handel bisher gesetzlich in den meisten Ländern der Welt verboten ist. Die Rohstoffgewinnung aus dem weiblichen Körper wird in der Literatur – analog zum Bergbau – mit dem Heben von Bodenschätzen aus der Tiefe der Natur assoziiert (Schmid 2009).

Catherine Waldby und Melinda Cooper (2008) haben die hormonellen und klinischen Eingriffe in Frauenkörper zur Gewinnung von Eizellen und Geweben analysiert, die längst Teil eines liberalisierten globalen Handels sind. Sie nennen dies «klinische Arbeit», die wegen der notwendigen Hormonstimulierung risikoreich ist, informell organisiert und meist schlecht honoriert wird, weil nur eine «Aufwandsentschädigung», aber keine Entlohnung gezahlt werden darf. Trotzdem ist eine Entschädigung von 250 Euro in Osteuropa oder von 1.000 Euro in

Spanien vor allem in Krisenzeiten für arme Frauen, darunter auch viele Migrantinnen, eine attraktive Einkommensquelle. In den USA «spenden» dagegen auch weiße Mittelschichtfrauen, die mit ihren speziellen Haut- und Augenfarben, Begabungen und IQs spezialisierte Agenturen bedienen.

In Indien, das sich mit mehr als 30 Kliniken allein im westindischen Bundesstaat Gujarat zu einem internationalen Zentrum der kommerziellen Leihmuttertschaft entwickelt hat, wird die sexuelle Arbeit der Frauen zwischen den Polen «Engel» und «Hure» kontrovers diskutiert (Pande 2009). Einerseits werden die «armen» Frauen, die ihren Körper vermieten, mit dem Verweis auf Diskriminierung und soziale Exklusion viktimisiert. Zwar würden die Ehemänner wegen der guten Entlohnung zunächst der Leihmuttertschaft zustimmen, sich aber häufig nach der Rückkehr trennen. Viele Frauen leiden unter der Geheimhaltung der Leihmuttertschaft und werden von ihrem sozialen Umfeld nach der Rückkehr wegen der Konnotation sexueller Arbeit stigmatisiert. Dagegen betonen vor allem Dalit- und muslimische Frauen, darunter auch Alleinerziehende, dass für sie von großer sozialer Bedeutung ist, dass diese Einkommensmöglichkeit mit den in Indien sonst üblichen Diskriminierungen bricht, weil für die ausländischen Auftraggeber\_innen des Babys die Kaste oder die Religion der Leihmutter irrelevant seien. Es zähle nur der gesunde reproduktionsfunktionale Körper. Indische Feministinnen kritisieren, dass dieser Sektor völlig unreguliert ist. Einige fordern ein postnatales Entscheidungsrecht für die Frau über das Kind, unter

<sup>6</sup> Vgl. z. B. [www.surrogatealternatives.com](http://www.surrogatealternatives.com), [www.fertilitymiracles.com](http://www.fertilitymiracles.com) oder [www.mothers-surrogate.com](http://www.mothers-surrogate.com).

anderem weil einige Surrogatmütter Ansprüche an das Kind biologisch begründen, weil ihr Blut und ihre Reproduktionsorgane Leben erzeugen.

Die unterschiedliche Rechtslage in verschiedenen Ländern bewirkte von Anfang an eine spezifische «Geographie aus Geboten und Verboten» (Waldby/Cooper 2008), eine Transnationalisierung der Reproduktionsindustrie und einen «Fruchtbarkeitstourismus», der durch soziale Ungleichheiten zwischen sozialen Klassen und Ethnizitäten, zwischen Norden, Osten und Süden und die imperiale Lebensweise geprägt ist. Die Erzeugung von menschlichem Leben wird zum Produktionsprozess, für den man sich die biologisch notwendigen Bausteine und Serviceleistungen zusammenkaufen kann, auch für neun Monate die Dienstleistungen des Uterus einer Leihmutter zum Beispiel in Indien.

Eine ähnliche Landnahme stellen der transnationale Organhandel und die von der Humangenetik und der Pharmaindustrie gesteuerte Genomforschung dar. Beim Organhandel, einem lukrativen, oft kriminellen Geschäft, hat sich eine mafiose Topografie von Gewalt und Geld an den sozialen und geografischen Bruchstellen von Armut und Rassismus einerseits, der Kaufkraft und der Lebenschancen von Kranken aus den globalen Mittelschichten andererseits herausgebildet. Eine solche regionale Drehscheibe, wo die Ökonomisierung und Warenförmigkeit von Körperteilen und Körpern zugespitzt auftritt, ist Istanbul. Der Organverkauf ist in Bulgarien und Moldawien Teil der Armutsökonomie. Er bedient die Nachfrage im globalen Norden, dessen Gesundheitsökonomie auf imperiale Weise, das heißt unter Nutzung von Humanressourcen, Körperteilen und Ver-

suchsobjekten aus dem globalen Süden funktioniert.

Wer aber überblickt, steuert und kontrolliert die wissenschaftstechnologischen und mikrobiologischen Entwicklungen jenseits einer bloßen Moralisierung? Wem gehören das Wissen und die Technologien? Welche Industrien, Märkte und Geschäfte entstehen hier, die behaupten, individuelle Bedürfnisse und gesellschaftlichen Bedarf zu erfüllen? Vor dem Hintergrund mehrdimensionaler Macht- und Ungleichheitsstrukturen ist an der Schnittstelle zwischen dem technisch Machbaren und einem realen Bedarf ein «Biokapitalismus» entstanden (Kaushik 2009). Eine intersektionale Analyse fokussiert auf Praktiken und Handlungssubjekte zum Beispiel bei der «Spende», dem Verkauf und Handel von Eiern und Organen zwischen gewaltförmiger Enteignung und selbstbestimmter Aneignung. Auf jeden Fall steht eine Repolitisierung von Körperthemen an und eine umfassende gesellschaftliche Auseinandersetzung, die über die Skandalisierung von Organtransplantationen und -handel hinausgehen, die Bioökonomik insgesamt herrschaftskritisch hinterfragen und die Definitionsmacht über gesellschaftliche Körper-Natur-Beherrschung, Emanzipation und Transformation neu verhandeln müsste.

#### 4.4 Körper im Widerstand

In jüngsten sozialen Konflikten und Demokratisierungskämpfen fällt auf, wie gezielt Körper als Materialisierung von Widerstand und Protest eingesetzt werden: bei Flashmobs und choreografierten Demonstrationsformen zum Beispiel bei Occupy/Blockupy, oder denken wir an den stehenden Mann auf dem Taksim-Platz oder die Tänze und die Mor-

gengymnastik im sportlichen Outfit von Frauen im Gezi-Park in Istanbul. Öffentliche Repräsentationen weiblicher Körper spielen eine besondere Rolle bei den Slutwalks, bei den Auftritten der feministischen Punk-Rockband Pussy Riot, bei Aktionen von Femen oder bei Nacktdemonstrationen von Frauen in Kenia, Westafrika und in Bengalen. Die Afrikanerinnen nahmen damit eine Form der Beschämung und des Protests aus der Kolonialzeit wieder auf. Der nackte weibliche/mütterliche Körper als Repräsentation von Verletzlichkeit wird ikonisiert und soll damit unangreifbar gemacht werden. Diese Überlegung führt auch dazu, Frauenkörper in vorderster Front von sozialen Kämpfen und Pro-

testmärschen einzusetzen, auf dass sie als Schutzschild für die Männerkörper wirken, weil Respekt gegenüber dem weiblichen/mütterlichen Körper und seiner Verletzlichkeit vor Gewalt schützen kann. Dagegen zeigt die Gewalt gegen Frauen auf dem Tahrir-Platz in Kairo infolge der starken Frauenbeteiligung an den politischen Protesten erneut den patriarchalen Versuch, den weiblichen Körper aus der Öffentlichkeit zu verdrängen und ihn durch Unterwerfung zu reprivatisieren. Dies verweist auf die Ambivalenz in sozialen Kämpfen, einerseits mit tradierten Geschlechterrollen – Weiblichkeit als passiv besetzt – zu brechen, sie andererseits zu instrumentalisieren oder aber zu unterwerfen und damit zu bestätigen.

Unsere zeit- und kapitalismusdiagnostische Analyse an den Schnittstellen von Wachstumsökonomie, gesellschaftlichen Naturverhältnissen und Gender in vier Themenfeldern hat exemplarisch aufgezeigt, in welchen Strategien und Tendenzen sich der aktuelle Schub neoliberaler Ökonomisierung jeweils unterschiedlich vollzieht und durchsetzt: in der Inwertsetzung von Natur für «grünes Wachstum», in der Finanzialisierung des Naturschutzes und im Land Grabbing, im Ausbau transnationaler Wertschöpfungsketten, in der Vermarktlichung des Klimaschutzes, in der Gentrifizierung und im Marketing von Städten sowie in der Bioökonomik (Produktion, Gestaltung und Optimierung von Körpern).

Unsere feministische Kritik aktueller Ökonomisierungstrends hat den impliziten Systemwiderspruch der «Green Economy» und verwandter Konzepte aufgezeigt, der darin besteht, dass wachstumsorientierte, kapitalistische Mechanismen und Verhältnisse die Ursache der Vielfachkrise sind und gleichzeitig als Lösungsansätze der Umwelt- und Gerechtigkeitsprobleme propagiert und benutzt werden. Unsere Ausführungen haben ferner deutlich gemacht, dass sich die neuen politökonomischen und politökologischen Herrschaftsverhältnisse auch in der Definitionsmacht über Krisen, Probleme und Privilegien manifestieren. Hierzu zählen die Bewertung der Natur als «Umweltdienstleisterin» für die Menschen, die ökonomische Aufwertung innerstädtischer und zonierter urbaner Räume, die Entwertung «anderer» moralischer und sozialer Wirtschaftsformen und des lokal eingebetteten Erfahrungswissens von Frauen sowie die

Definition einer optimalen Bevölkerungs- oder Familiengröße oder von körperlicher Schönheit und Fitness.

Als Folgen lassen sich festhalten: erstens eine Verlagerung der Verantwortung für die Umwelt an den Markt und an die Individuen, hier insbesondere an sorgebereite, ressourcenschonende und ökologisch konsumierende Frauen; zweitens eine Naturalisierung und Verräumlichung sozialer Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten (darunter auch Vulnerabilitäten); und drittens die daraus resultierende Depolitisierung der Umweltkrise. Die Depolitisierung der Umweltkrise ermöglicht es, die Debatte über eine notwendige sozialökologische Transformation in großen Teilen auf Managementmaßnahmen, technologische Lösungen und Marktinstrumente zu reduzieren, die die ursächlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse unangetastet lassen. Vielmehr hat unsere Analyse offengelegt, dass herrschaftsförmige Mensch-Natur-Beziehungen wie auch die Wachstumsfixierung unter Nutzung multipler Ungleichheitssysteme fortbestehen, wenn auch teils in «begrünter Form» und unter dem Vorzeichen des Naturschutzes. Kapitalistische Enteignung und die Durchsetzung imperialer Lebensweisen bleiben damit auch weiterhin zentrale Mechanismen zur Stabilisierung des Status quo. Diskurse zu sozialer Gerechtigkeit und zu globalen sozialen Rechten werden in den neuen Transformations- und Governancekonzepten und den damit verbundenen Debatten und Auseinandersetzungen marginalisiert, als räumliche Probleme umdefiniert oder neoliberal überformt durch Verweise auf individuelles Empowerment, mehr individuel-

le Chancengleichheit und Verfügungsmacht über das Selbst.

Wir haben zudem an den vier Themenfeldern nachvollzogen, wie widersprüchlich sich die zu beobachtenden Formen der Ökonomisierung auf die handelnden Subjekte, vor allem die bisher Marginalisierten und Ausgeschlossenen und auf das «Andere», das sich außerhalb des Marktes Befindliche, darunter die Sorgeökonomie, auswirken – und damit auch auf Geschlechterverhältnisse und Reproduktionsformen. Die lange Zeit Exkludierten und an den gesellschaftlichen Rand Gedrängten wie arme Frauen, Kleinbauern und Indigene werden zunehmend in Wertschöpfungsketten, in den globalisierten Vergesellschaftungsmodus des Homo oeconomicus und in globale Umweltpolitiken eingebunden.

Dabei ist der diskursive Bezug auf Frauen oder auch lokale Gemeinschaften in den dargestellten Themenfeldern stets von der Ambivalenz geprägt, dass sie einerseits als diskriminiert und äußerst verwundbar, das heißt besonders anfällig gegenüber Armut, Krankheiten und Klimaveränderungen, dargestellt werden und andererseits als zunehmend wichtige Expert\_innen, Produzent\_innen und Konsument\_innen und vor allem als diejenigen adressiert werden, die sich um ihre Mitmenschen, die Natur und Umwelt kümmern, was häufig einer Instrumentalisierung gleichkommt. So wird die traditionelle Verantwortung von Frauen für die Sorgearbeit, für die Ernährung der Familie, für die Fortpflanzung sowie für Umwelt- und Naturressourcen durch neue Mechanismen der Anerkennung eher bestärkt, statt über eine Neuverteilung der gesellschaftlichen Aufgaben und Arbeitslasten nachzudenken. Dies hat vielerorts eine Bestätigung und Be-

stärkung der geschlechtlichen Arbeitsteilung und von Geschlechterhierarchien zur Folge.

Trotzdem werden Mechanismen und Instrumente des kapitalistischen Marktes – sei es Lohnarbeit in einer Wertschöpfungskette, der Kauf von Klimaschutzzertifikaten oder organischen Lebensmitteln, die Privatisierung von Wohnraum oder die Umgestaltung des eigenen Körpers – von den Subjekten als Mittel angeeignet, um die eigenen Reproduktionsstrategien auszuweiten. Zum Teil eröffnen sie dadurch auch neue Handlungsmöglichkeiten, mit denen überbrachte und ungerechte Gender-Regime aufgebrochen sowie soziale und politische Rechte gestärkt werden können, zum Beispiel das Recht auf sexuelle und andere Formen der Selbstbestimmung.

Dadurch sind verschränkte Dynamiken und Spannungsfelder zwischen Inklusion und Ausbeutung mit unterschiedlichen Handlungsoptionen entstanden, aber auch Widerstandsoptionen und Emanzipationschancen für die Subjekte in den lokalen sozialen Räumen. Wir haben in unserer Analyse der exemplarischen Themenfelder Enteignung und Aneignung als zentrale Prozesse identifiziert, um Brüche, Verschiebungen und Kontinuitäten in Geschlechtermustern und Verhältnissen zu erfassen. Denn Herrschafts- und gewaltförmige Enteignung von Land, Räumen, Commons, Arbeits- und Reproduktionspotenzialen und Körpern und selbstgesteuerte, teils emanzipatorische Aneignung kennzeichnen kapitalistische Märkte, Praktiken und Handlungssubjekte im Rahmen komplexer Ungleichheitsregime. Dabei kommt es auch zu fatalen Übereinstimmungen oder zumindest Überschneidungen von

neoliberalen und feministischen Forderungen nach Modernisierung, Flexibilisierung und größeren Handlungsspielräumen für Frauen.

Diese Gegenläufigkeiten und Widersprüche hat ein kürzlich erschiener Sammelband (*Women Reclaiming Sustainable Livelihoods*; Harcourt 2012) passend mit «spaces gained, spaces lost» umschrieben. Hier werden die bereits vor einigen Jahren von feministischen Sozialwissenschaftlerinnen wie Janine Brodie (2004) und Isabella Bakker (2002) festgestellten ambivalenten Entwicklungstendenzen von Geschlechterverhältnissen im Prinzip bestätigt: Durch die verschiedenen Formen der Marktinklusioin erodierten überbrachte Geschlechternormen und -ordnungen und entstünden neue Chancen und Optionen der Subjektivierung, der Identitätsbildung und der Aneignung und Gestaltung von Körpern. Es bleibt jedoch aus einer herrschaftskritischen feministischen Perspektive immer zu fragen, welche Potenziale zur Bildung von kollektiver Gegenmacht und zu emanzipatorischer Transformation darin enthalten sind und unter welchen Bedingungen Widerstand gegen die zunehmend wieder mit Gewalt durchgesetzten Ökonomisierungsprozesse möglich und sinnvoll ist und Aussicht auf Erfolg hat.

### **Politische Perspektiven und Forschungsbedarf**

Aus all dem ergeben sich zahlreiche Hinweise für eine notwendige Politisierung der derzeitigen Transformationsdebatten. Das Konzept der grünen Ökonomie ist dafür nicht nutzbar, da es eindeutig wachstums- und profitorientiert besetzt ist und auf technologische und marktförmige Lösungen fokussiert. Fe-

ministische Ökonominnen und feministische Ökologinnen fordern schon seit Längerem einen Paradigmenwechsel für eine umfassende sozialökologische Transformation, die bei den lokalen Lebensgrundlagen (*livelihoods*) und den sozialen Reproduktionsinteressen der lokalen Gemeinschaften ansetzen müsste (Wichterich 2012). Damit verbunden wäre eine erhöhte Aufmerksamkeit und Wertschätzung für informelle, reziproke und versorgungsorientierte Arbeits- und Wirtschaftsformen am Rande kapitalistischer Wertschöpfung, sowohl in ländlichen als auch in urbanen Regionen. Gegen den Trend der Ökonomisierung und Privatisierung ist aus dieser Perspektive eine Refokussierung auf das «Andere», auf das aus dem Markt Externalisierte und Abgewertete notwendig, zum Beispiel auf öffentliche und Gemeinschaftsgüter sowie auf Sorgeökonomien. Ein solcher Perspektivenwechsel erfordert auch eine politische Wende, die durch Umverteilung, Gemeinwohlorientierung und Schutz von natürlichen und anderen Commons sowie durch eine Reregulierung und Restrukturierung der Finanzmärkte, von ausländischen Direktinvestitionen und Handelspolitik diese Ökonomisierungsprozesse einhegen müsste. Andererseits muss das ganze Potenzial von Commons und solidarischen Ökonomien für die emanzipatorische Transformation von Wirtschafts- und Naturverhältnissen sowie für soziale und Geschlechtergerechtigkeit erst noch ausgelotet werden.

Es besteht auch weiterer Forschungsbedarf hinsichtlich der Fragestellung, wie die hier aus feministischer Perspektive thematisierten Widersprüche einer dualistischen Differenzierung und Spaltung in Akkumulations- und Sorgelogik, in pri-

vat und öffentlich, in Kultur und Natur, in Empowerment und Ausbeutung sowie in formelle und informelle Arbeit vermittelt und perspektivisch überwunden werden können. Erste Ansätze hierzu finden sich dort, wo weniger in Dichotomien gedacht, sondern Gegensätze vielmehr als Pole eines Kontinuums wahrgenommen werden, auf dem sich verschiedenste Mischformen und Überlagerungen von Herrschafts- und Unterdrückungsdynamiken, Geschlechterverhältnissen und Geschlechtsidentitäten in all ihrer Widersprüchlichkeit wiederfinden lassen.

Für eine emanzipatorisch-kritische Perspektive auf sozialökologische Transformation gilt es daher, nach den Bedingungen und Möglichkeiten gesellschaftlichen Wandels in unterschiedlichen lokalen, sozialen und kulturellen Kontexten zu fragen sowie nach den Optionen individueller und kollektiver Akteure, Handlungs- und Gegenmacht aufzubauen, mit dem Ziel, die derzeit hegemonialen gesellschaftlichen Wirtschafts- und Naturverhältnisse grundlegend zu ändern. Diese Aufgaben- und Fragestellung ist so komplex, weil sich der globalisierte Kapitalismus als besonders flexibel, wandlungsfähig und «inklusiv» erwiesen hat.

Die in diesem Text skizzierten zurzeit dominanten Diskurse einer sozialökologischen Transformation, die auf dem Konzept einer grünen Ökonomie basieren, versuchen eher soziale Ordnungen – wie

Geschlechterhierarchien – zu stabilisieren als diese für emanzipatorische Projekte zu öffnen (Robinson 2000: 287). Da Krisendefinitionen selbst politisch umstritten und umkämpft sind, muss es also in einem ersten Schritt darum gehen, aus herrschaftskritischer Perspektive diese Wissenssysteme zu dekolonisieren und ihre Gewaltförmigkeit und Hierarchien offenzulegen. Die Herausarbeitung und Analyse der negativen wie auch der ambivalenten ökologischen und sozialen Dynamiken und Prozesse, die durch kapitalistische und imperiale Lebensweisen verursacht werden, bieten wiederum die Grundlage, um die sozialökologische Transformationsdebatte zu repolitisieren und tatsächlich einen Perspektivenwechsel vollziehen zu können, der auch emanzipatorische Lösungsansätze für die Überwindung der gegenwärtigen Vielfachkrise beinhalten würde. Mit dem vorliegenden Diskussionsbeitrag hoffen wir, einen solchen Schritt zur notwendigen Politisierung der derzeitigen Transformationsdebatten getan zu haben.

Sybille Bauriedl ist Geografin und Politikwissenschaftlerin. Zurzeit ist sie an der Bayreuth Academy of Advanced African Studies tätig und lehrt an verschiedenen Hochschulen Sozialgeografie.

Christa Wichterich ist Soziologin und lehrt derzeit als Gastprofessorin für Geschlechterpolitik am Fachbereich Politikwissenschaft der Universität Kassel.

- Bachram, Heidi (2004):** Climate fraud and carbon colonialism. The new trade in greenhouse gases, in: *Capitalism, Nature, Socialism* 15(4), S. 1–16.
- Bakker, Isabella (2002):** Who Built the Pyramids? Engendering the New International Economic and Financial Architecture, in: *Femina Politica* 1/2002, S. 13–26.
- Bauhardt, Christine/Caglar, Gülay (Hrsg.) (2010):** Gender and Economics: Feministische Kritik der Politischen Ökonomie, Wiesbaden.
- Bauriedl, Sybille (2013):** Geschlechterperspektiven auf Klimawandel und Klimapolitik, in: Hofmeister, Sabine/Katz, Christian/Mölders, Tanja (Hrsg.): *Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit: Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften*, Leverkusen-Opladen, S. 235–244.
- Bauriedl, Sybille/Schindler, Delia/Winkler, Matthias (Hrsg.) (2008):** *Stadtzukünfte denken. Nachhaltigkeit in europäischen Stadtregionen*, München.
- Behrman, Julia/Meinzen-Dick, Ruth/Quisumbing, Agnes (2011):** *The Gender Implications of Large-Scale Land Deals*, IFPRI Discussion Paper 01056, Washington DC.
- Berger, Johannes (2013):** Inside Green Capitalism. Die ökologische Krise lösen, ohne den Kapitalismus abschaffen zu müssen?, in: *Phase 2*, 45, S. 8–10.
- BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2006):** *Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland*, Berlin.
- Biesecker, Adelheid/Wichterich, Christa/Winterfeld, Uta von (2012):** *Feministische Perspektiven zum Themenbereich, Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, Hintergrundbericht für die Enquetekommission des Deutschen Bundestages*, Berlin.
- Böll Stiftung (2012):** *Grüne Ökonomie. Was uns die Natur wert ist*, Berlin.
- Brand, Ulrich/Pühl, Katharina/Thimmel, Stefan (Hrsg.) (2013):** *Wohlstand – wie anders? Linke Perspektiven*, Manuskripte Neue Folge 5, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011):** *Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise*, in: Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.): *VielfachKrise. Im finanzdominierten Kapitalismus*, Hamburg, S. 78–93.
- Brand, Ulrich/Thimmel, Stefan (2013):** *Schöne Grüne Welt. Über die Mythen der Green Economy*. Berlin, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, *luxemburg argumente* 3, 3. Aufl., Berlin.
- Brodie, Janine (2004):** *Die Re-Formulierung des Geschlechterverhältnisses. Neoliberalismus und die Regulierung des Sozialen*, in: *Widersprüche* 46(24), S. 19–32.
- BRIDGE – Institute for Development Studies (2008):** *Gender and climate change: mapping the linkages. A scoping study on knowledge and gaps*, Brighton, unter: [www.bridge.ids.ac.uk/reports/Climate\\_Change\\_DFID.pdf](http://www.bridge.ids.ac.uk/reports/Climate_Change_DFID.pdf).
- Castree, Noel (2008):** *Neoliberalising nature: processes, effects, and evaluations*, in: *Environment and Planning A*, 40, S. 153–173.



**Clark, Brett/York, Richard (2005):** Carbon metabolism: Global capitalism, climate change, and the biospheric rift, in: *Theory and Society* 34(4), S. 391–428.

**Charkiewicz, Ewa (2009):** A feminist critique of climate change discourse. From biopolitics to necropolitics?, in: Brand, Ulrich u. a. (Hrsg.): *Contours of Climate Justice. Ideas for shaping new climate and energy politics. Critical Currents* No. 6, Dag Hammarskjöld Foundation, Uppsala, S. 19–25.

**Dankelman, Irene/Davidson, Joan (1990):** *Frauen und Umwelt in südlichen Kontinenten*, Wuppertal.

**Dankelmann, Irene (Hrsg.) (2010):** *Gender and Climate Change. An Introduction*, London.

**DCED – Donor Committee for Enterprise Development (2012):** *Women's Participation in Green Growth – A Potential fully realised?*, Bonn/Berlin.

**Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.) (2011):** *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*, Hamburg.

**Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (2009):** *Soziologie – Kapitalismus – Kritik*, Frankfurt am Main.

**Elmhirst, Rebecca (2011):** Introducing new feminist political ecologies, in: *Geoforum* 42, S. 129–132.

**Elson, Diane (1993):** Feministische Ansätze in der Entwicklungsökonomik, in: *PROKLA* 93, 23(4), S. 529–551.

**Elson, Diane (2011):** Gender and the global economic crisis in developing countries: a framework for analysis, in: Pearson, Ruth/Sweetman, Caroline (Hrsg.): *Gender and the Economic Crisis*, Oxford, S. 37–51.

**Exner, Andreas (2013):** Von der Nachhaltigkeit zur Resilienz? Mögliche Diskursveränderung in der Vielfachkrise, in: *Phase 2*, 45, unter: [www.social-innovation.org/?p=4812](http://www.social-innovation.org/?p=4812).

**European Commission (2010):** *Europe 2020 – A European strategy for smart, sustainable and inclusive growth*, Brüssel, unter: [www.eurunion.org/eufacts](http://www.eurunion.org/eufacts).

**European Commission (2011):** *A Roadmap for moving to a competitive low-carbon economy in 2050*, Brüssels, unter: [http://ec.europa.eu/clima/policies/roadmap/documentation\\_en.htm](http://ec.europa.eu/clima/policies/roadmap/documentation_en.htm).

**Federici, Silvia (2011):** Women, Land Struggles, and the Reconstruction of the Commons, in: *Working USA: The Journal of Labor and Society* 14, S. 41–56.

**Federici, Silvia (2012):** *Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation*, Wien.

**Federici, Silvia (2013):** Commons will become increasingly important for feminist movements in Europe (Interview von Magdalena Freudenschuss und Alexandra Scheele), in: *Femina Politica* 1, S. 93–100.

**Feyerabend, Erika (2010):** gespendet – gehandelt – getauscht (Interview über die Globalisierung der Eizellmärkte), in: *iz3w* 321, S. 9–11.

**Frank, Susanne (2010):** Gentrifizierung und Suburbanisierung im Fokus der Urban Gender Studies, in: Bauriedl, Sybille/Schier, Michaela/Strüver, Anke (Hrsg.): *Geschlechterverhältnisse, Raumstrukturen, Ortsbeziehungen. Erkundungen von Vielfalt und Differenz im spatial turn*, Münster, S. 26–47.

**Fraser, Nancy (2009):** Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8/2009, S. 43–57.

**GIZ – Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (2011):**

Wirtschaft stärken – Armut reduzieren. Erfahrungen mit dem Wertschöpfungsketten-Ansatz, Bonn/Berlin.

**GIZ – Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (2012):**

Growing Business with Smallholders. A Guide to Inclusive Agribusiness, Bonn/Berlin.

**Goodman, James/Salleh, Ariel (2013):**

The «Green Economy»: Class Hegemony and Counter-Hegemony, in: Globalizations 10(3), S. 411–424.

**Gretschel, Sandra/Fleischmann,**

**Katharina (2008):** Stadt Planung Architektur Geschlecht, in: Feministisches Geo-RundMail. Informationen rund um feministische Geographie 39, S. 15–19, unter: [www.ak-geographie-geschlecht.org](http://www.ak-geographie-geschlecht.org).

**Harcourt, Wendy (2010):** Body Politics in Development, London.

**Harcourt, Wendy (Hrsg.) (2012):**

Women Reclaiming Sustainable Livelihoods. Spaces Lost, Spaces Gained, Chippenham/Eastbourne.

**Harvey, David (1989):** From Managerialism to Entrepreneurialism. The transformation in urban governance in late capitalism, in: Geografiska Annaler 71(1), S. 3–17.

**Harvey, David (2013):** Rebellische Städte, Berlin.

**Hawkins, Roberta/Ojeda, Diana**

**(2011):** Gender and Environment: Critical Tradition and New Challenges, in: Environment and Planning D: Society and Space 29(2), S. 237–253.

**Heeg, Susanne/Rosol, Marit (2007):**

Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick, in: Prokla 149, 37(4), S. 491–509.

**Heynen, Nik/Robbins, Paul (2005):** The Neoliberalization of Nature: Governance, Privatization, Enclosure and Valuation, in: Capitalism Nature Socialism 16(1), S. 5–8.

**Heynen, Nik/Kaika, Maria/Syngedouw, Erik (Hrsg.) (2006):** In the Nature of Cities. Urban Political Ecology and the Politics of Urban Metabolism, London.

**Holm, Andrej (2011):** Ein ökosoziales Paradox. Stadtumbau und Gentrifizierung, in: politische ökologie 124, S. 45–52.

**Huffschmid, Anne/Wildner, Kathrin (Hrsg.)(2013):** Stadtforschung als Lateinamerika. Neue Urbane Szenarien: Öffentlichkeit – Territorialität – Imaginarios, Bielefeld.

**IHDP – International Human Dimensions Programme on Global Environmental Change (2005):** Science Plan. Urbanization and Global Environmental Change, Bonn.

**Jong, Willemjin de/Tkach, Olga**

**(2009):** Making Bodies, Persons and Families, Münster.

**Kaushik, Sunder Rajan (2009):** Biokapitalismus. Werte im postgenomischen Zeitalter, Frankfurt am Main.

**Kennedy, Maureen/Leonard, Paul**

**(2001):** Dealing with Neighborhood Change: A Primer on Gentrification and Policy Choices, Oakland.

**Kuhl, Mara (2011):** The Gender Dimension of the Green New Deal. Studie im Auftrag von The Greens/EFA Group in the European Parliament, Brüssel.

**Kumar, Pushapam (Hrsg.) (2010):** The Economics of Ecosystems and Biodiversity. Ecological and Economic Foundations, Genf.

- Kuppe, René (2002):** Indigene Völker, Ressourcen und traditionelles Wissen. In: Brand, Ulrich/Monika Kalcsics (Hrsg.): *Wem gehört die Natur? Konflikte um genetische Ressourcen in Lateinamerika*, Frankfurt am Main, S. 112–134.
- Lang, Chris (2011):** What's wrong with forest carbon finance? The Greenbelt Movement lists the problems, unter: [www.redd-monitor.org/2011/12/07/whats-wrong-with-forest-carbon-finance-the-green-belt-movement-lists-the-problems](http://www.redd-monitor.org/2011/12/07/whats-wrong-with-forest-carbon-finance-the-green-belt-movement-lists-the-problems).
- Lettow, Susanne (Hrsg.) (2012):** Bioökonomie. Die Lebenswissenschaften und die Bewirtschaftung der Körper, Bielefeld.
- MacGregor, Sherilyn (2010):** Earthcare or Feminist Ecological Citizenship? In: *Femina Politica* 19(1), S. 22–32.
- McAfee, Kathrin (2012):** Nature in the Market-World: Social and Development Consequences and Alternatives, in: *Development* 55(3), S. 25–33.
- McRobbie, Angela (2010):** Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes, Wiesbaden.
- Merchant, Carolin (1987):** *Der Tod der Natur*, München.
- Nightingale, Andrea (2006):** The nature of gender: work, gender, and environment, in: *Environment and Planning D: Society and Space* 24, S. 165–185.
- OECD (2011):** *Towards Green Growth*, Paris.
- Pande, Amrita (2009):** Not an «angel», not a «whore». Surrogates as «dirty» workers in India, in: *Indian Journal of Gender Studies* 16(2), S. 141–173.
- Paterson, Matthew/Stripple, Johannes (2010):** My Space: governing individuals' carbon emissions, in: *Environment and Planning D: Society and Space* 28(2), S. 341–362.
- Plumwood, Val (1996):** Inequality, eco-justice, and ecological rationality, in: Dryzek, John S./Schlossberg, David (Hrsg.): *Debating the Earth: The Environmental Politics Reader*, Oxford, S. 559–583.
- Porro, Noemi Miyasaka (2010):** For a Politics of Difference, in: Tsikata, Dzodzi/Golah, Pamela (Hrsg.): *Land Tenure, Gender and Globalisation*, New Delhi/Ottawa, S. 271–294.
- Porter, Doug/Craig, David (2004):** The third way and the third world: poverty reduction and social inclusion in the rise of «inclusive» liberalism, in: *Review of International Political Economy* 11(2), S. 387–423.
- Robinson, Jenny (2000):** Feminism and the spaces of transformation, in: *Transactions of the Institute of British Geographers* 25(3), S. 285–301.
- Rocheleau, Dianne/Thomas-Slayer, Barbara/Wangari, Esther (Hrsg.) (1996):** *Feminist Political Ecology: Global Issues and Local Experiences*, London.
- Rodda, Anabel (1991):** *Women and the Environment*, London.
- Ronneberger, Klaus/Lanz, Stephan/Jahn, Walther (1999):** *Die Stadt als Beute*, Bonn.
- Royal Tropical Institute u. a. (2012):** *Challenging Chains to Change. Gender Equity in Agricultural Value Chain Development*, Amsterdam.
- Salleh, Ariel (Hrsg.) (2009):** *Eco-Sufficiency and Global Justice*, New York/London.

- Schalatek, Liane (2012):** Gender und Klimafinanzierung: Doppelpes Mainstreaming für nachhaltige Entwicklung, in: Caglar, Gülay/Castro Varela, Maria do Mar/Schwenken, Helen (Hrsg.): *Geschlecht – Macht – Klima*, Berlin/Toronto, S. 137–167.
- Schmid, Shabanah (2009):** Fertility science-as-culture: ambiguous nature, quantified abstractions and making of normality, in: Jong, Willemjin de/Tkach, Olga (Hrsg.) (2009): *Making Bodies, Persons and Families*, Münster, S. 201–221.
- Schultz, Susanne (2003):** Neoliberale Transformationen internationaler Bevölkerungspolitik: Die Politik Post-Kairo aus der Perspektive der Gouvernementalität, in: *Peripherie* 92, S. 452–481.
- Smith, Mark (2011):** Analysis Note: Green Jobs: a case for gender equality? EGGE – European Network of Experts on Employment and Gender Equality Issues, Rom.
- Stern, Nicolas (2006):** Report on the Economics of Climate Change, unter: <http://webarchive.nationalarchives.gov.uk>.
- Sundberg, Juanity (2004):** Identities in the making: conservation, gender and race in the Maya Biosphere Reserve, Guatemala, in: *Gender, Place & Culture* 11(1), S. 43–66.
- Swyngedouw, Erik (2004):** Scaled Geographies. Nature, Place, and the Politics of Scale. In: Shepard, Eric/McMaster, Robert B. (Hrsg.): *Scale and Geographic Inquiry. Nature, Society, and Method*, Oxford, S. 129–153.
- Tandon, Nidhi (2010):** New agribusiness investments mean wholesale sell-out for women farmers, in: *Gender & Development* 8(3), S. 503–515.
- Tandon, Nidhi (2012a):** Empowerment of Women in a Green Economy in the Context of Sustainable Development and Poverty Eradication. UN-Women Paper for Rio+20 and the Green Economy, Toronto.
- Tandon, Nidhi (2012b):** First Casualties of the Green Economy – Risks and Losses for Low Income Women, in: *Development* 55(3), S. 311–320.
- Temper, Leah/Martinez-Allier, Joan (2012):** Mapping resistance & resilience to the global landgrab: definitions, financial activism and alliances, unter: [http://www.cornell-landproject.org/download/landgrab2012papers/Temper\\_Alier\\_LDPI.pdf](http://www.cornell-landproject.org/download/landgrab2012papers/Temper_Alier_LDPI.pdf).
- Terry, Geraldine (Hrsg.) (2009):** *Climate Change and Gender Justice*, Oxford.
- Thaler, Kai (2013):** Large-Scale Land Acquisitions and Social Conflict in Africa, unter: [www.yale.edu/agrarianstudies/foodsovereignty/pprs/22\\_Thaler\\_2013.pdf](http://www.yale.edu/agrarianstudies/foodsovereignty/pprs/22_Thaler_2013.pdf).
- UNEP – United Nations Environment Programme (2011):** *Towards a Green Economy. Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication*, unter: [www.unep.org/greeneconomy](http://www.unep.org/greeneconomy).
- UNRISD – United Nations Research Institute for Social Development (2012):** *Social Dimensions of Green Economy. Research and Policy Brief 12*, Genf.
- Waldby, Catherine/Cooper, Melinda (2008):** The Biopolitics of Reproduction. Post-Fordist Biotechnology and Women's Clinical labour, in: *Australian Feminist Studies* 23(55), S. 57–74.
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011):** *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*, Berlin.

**Weizsäcker, Ernst Ulrich von/Lovins, Amory B./Lovins, L. Hunter (1995):**

Faktor Vier. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch, München.

**Wichterich, Christa (Hrsg.) (1994):**

Menschen nach Maß. Bevölkerungspolitik in Nord und Süd, Göttingen.

**Wichterich, Christa (2008):** Kleinbäuerinnen, Ernährungssicherung, Ökonomisierung der Biodiversität, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 76, S. 80–86.

**Wichterich, Christa (2012):** Die Zukunft, die wir wollen. Eine feministische Perspektive. Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin.

**Winker, Gabriele/Degele, Nina (2009):** Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheit, Bielefeld.

**Women's Carbon (2013):** The Women's Carbon Standard, unter: [www.womens-carbon.org/home](http://www.womens-carbon.org/home).

**World Bank (2007):** Gender and Equality as Smart Economics. Action Plan 2007–2011, Washington.

**World Bank (2011a):** Inclusive Green Growth: the pathway to Sustainable Development, Washington.

**World Bank (2011b):** World Development Report 2012. Gender equality and Development. Washington

**Zeller, Christian (2010):** Die Natur als Anlagefeld des Finanzkapitals, in: Schmieder, Falko (Hrsg.): Die Krise der Nachhaltigkeit. Zur Kritik der politischen Ökologie heute, Bern/Berlin, S. 103–135.



## AKTUELLE PUBLIKATION



Bestellung unter:  
[bestellung@rosalux.de](mailto:bestellung@rosalux.de)  
Download unter:  
[www.journal.rosalux.de](http://www.journal.rosalux.de)

ROSALUX 2-2014

### **NACH DEM WACHSTUM**

**Debatte um Degrowth und gerechte Verteilung –  
Wege zum sozialökologischen Umbau der Gesellschaft**

Mit den Grenzen kapitalistischen Wirtschaftens, den zerstörerischen Folgen des immanenten Wachstumszwangs und der schwierigen Suche nach Alternativen befasst sich die Ausgabe 2-2014 des Stiftungsjournals RosaLux. Im Vorfeld des internationalen Degrowth-Kongresses Anfang September in Leipzig, zu dessen HauptunterstützerInnen die Stiftung zählt, greift das Heft damit ein Thema auf, über das auch innerhalb der gesellschaftlichen Linken mitunter kontrovers debattiert wird. Wie wirkt sich die Konkurrenz um Wachstum und Profite in Südamerika, Asien und Europa aus? Ist Wachstum aus Gründen der Verteilungsgerechtigkeit weiterhin unumgänglich oder muss nicht vielmehr aufgrund der endlichen Ressourcen des Planeten die globale Ökonomie unweigerlich schrumpfen? Welche Schritte zu einer gerechten und ökologischen Transformation sind nötig?

Darüber schreiben Wenke Christoph, Hella Hertzfeldt, Katharina Pühl, Sabine Reiner, Susanne Schultz, Silke Veth, Mario Candeias, Steffen Kühne, Tazio Müller, John Neelsen und Hans Thie.

## AKTUELLE PUBLIKATION



Hans Thie

### **ROTES GRÜN** **Pioniere und Prinzipien** **einer ökologischen Gesellschaft**

Eine Veröffentlichung  
der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
176 Seiten, Broschur, Juni 2013  
16,80 Euro, ISBN 978-3-89965-552-0

«Grüner Kapitalismus» ist kompatibel mit den Mächtigen, sorgt für das Flair ökologischer Modernität. Aber er ist keine Antwort, wenn es um fundamentale Zukunftsfragen geht. Wer Ökologie für alle will, muss die Wirtschaftsordnung ändern. Sattes Grün verlangt kräftiges Rot.



Michael Brie (Hrsg.)

### **FUTURING** **Perspektiven der Transformation** **im Kapitalismus über ihn hinaus**

ca. 400 Seiten, Taschenbuch, Sep. 2014  
ca. 39,90 Euro, ISBN 978-3-89691-969-4

Zu lange hat die Linke sich in innere Auseinandersetzungen verstrickt, statt ihre Außenwirkung zu stärken. Zu oft lässt sie sich auf fruchtlose Gegensätze ein: Reform oder Revolution, Protest oder Gestaltung, Bewegung oder Parteien, Soziales oder Ökologisches, von oben oder von unten. Daher vermochte sie auch in der jüngsten Krise nicht die Wirkung nach außen entfalten, die sie inhaltlich aufweisen kann. Mit Beiträgen u. a. von Ulrich Brand, Alex Demirović, Frigga Haug, Bob Jessop und Rainer Rilling.



## **IMPRESSUM**

ANALYSEN wird herausgegeben  
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
V. i. S. d. P.: Martin Beck  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin  
[www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)  
ISSN 2194-2951 · Redaktionsschluss: Juli 2014  
Redaktion: Katharina Pühl  
Layout/Herstellung: MediaService GmbH  
Druck und Kommunikation  
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin  
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,  
100% Recycling

**«Eine herrschaftskritische  
feministische Analyse  
muss deutlich machen,  
dass die Durchsetzung  
imperial organisierter Natur-  
nutzung grundsätzlich mit  
hierarchischen Geschlechter-  
und Klassenverhältnissen  
verbunden ist.»**

SYBILLE BAURIEDL

